

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich Freitags. Redaktionsschluss Dienstag früh 8 Uhr.
Druck von Meißner & Co., Hannover.

Berleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Wänsstraße 5, III.

Bezugspreis: 2,10 M. pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M.
Inserate: die sechsgepaltene Kolonietzeile 40 S. für 14 Tgl. 30 S.

Nr. 49.

Hannover, 6. Dezember 1907.

17. Jahrg.

Der Blokreichstag.

I.

Am 22. November hat der Reichstag des 25. Januar seine Arbeiten wieder aufgenommen. Er soll jetzt zeigen, ob er fähig ist, reaktionäre Politik zu treiben und mit einem Tropfen demokratischen Oels dem Volke plausibel zu machen. Es soll wie bisher, hat der Reichskanzler in der Staatsdebatte angeführt, an der „bewährten Wirtschaftspolitik“ festgehalten werden. Diese Wirtschaftspolitik ist aber im höchsten Grade reaktionär; ihr entspringen die unleidlichen hohen Brot- und Fleischpreise, die wir seit zwei Jahren kennen gelernt haben, und die weite Teile des Volkes der Unterernährung aussetzen. In Tausenden Arbeiterfamilien ist Fleisch bereits eine Seltenheit und selbst das Brot verschwindet vom Tische zahlreicher Familien. Dabei hat die Wirtschaftspolitik nicht verhindern können, daß die Schuldenlast des Reichs von Jahr zu Jahr einer enormen Steigerung unterworfen gewesen ist. Und das letzte Jahr schließt mit einem geradezu ungeheuerlichen Defizit ab, das an der „bewährten Wirtschaftspolitik“ festgehalten werden soll, in der Form neuer indirekter Steuern auf die breiten Volksmassen abgewälzt werden wird. Denn diese bewährte Wirtschaftspolitik des Fürsten Bülow war zu gleicher Zeit die Finanzpolitik des Reichs.

Der Reichskanzler will dafür mit einem Tropfen demokratischen Oels die breiten Volksmassen entschädigen. Dazu bedarf er des Reichstagsblocks, zusammengesetzt aus den rechtsstehenden Junker- und Bourgeoisparteien, sowie den sogenannten freisinnigen Parteien, die sich nunmehr vollständig prostituiert haben. Und als demokratisches Del empfahl der Reichskanzler seine — Börsenvorlage und schließlich den Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz.

Das Gesetz zugunsten der Börsenjobber kann natürlich keinen ernstlichen Anspruch darauf erheben, als demokratisches Del in der Reaktionspolitik Preußen-Deutschlands betrachtet zu werden. Die Börsenjobber sind wahrhaftig nicht unterdrückt und auf ihrem Tische fehlt zweifelsohne nichts, das irgendwie ihrem materiellen Wohlbefinden zuträglich sein könnte.

Dagegen beansprucht der Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz das größte Interesse des arbeitenden Volkes. Die Arbeiterklasse ist sich längst darüber klar, daß für sie die wertvollste Sozialpolitik gerade in einem freiheitlichen Organisationsrecht besteht. Gerade mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation hat die deutsche Arbeiterschaft in den letzten zwanzig Jahren die großzügigste sozialpolitische Arbeit geleistet. Während die sozialpolitische Gesetzgebung besonders in der letzten zehnjährigen Ära, die sich in der Hauptache an den Namen Bülow knüpft, für die Arbeiterschaft zum Sterben mager war, hat die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter eine wahre soziale Kulturarbeit geleistet. Sie hat große Arbeitermassen aus ihrer Veshargie aufgerüttelt; sie hat ihnen ein Mitbestimmungsrecht über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem Unternehmertum abgerungen; sie hat die Lohn-, d. h. die Einkommensverhältnisse der Arbeiter um viele Millionen Mark jährlich verbessert und so das Lebensniveau des arbeitenden Volkes erhöht; sie hat nicht zuletzt die Arbeitszeit um bedeutendes abgekürzt. Während die soziale Gesetzgebung sich bisher nicht einmal dazu verstehen konnte, den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen einzuführen, hat die Arbeiterschaft selbst mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation zum großen Teile eine noch kürzere tägliche Arbeitszeit als den Zehnstundentag erungen. Und auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat das Eingreifen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erst vermocht, wirkliche Vorteile für die Arbeiter herauszuschlagen. Dabei hatte diese gewerkschaftliche Organisation neben dem energischen und oft brutalen Widerstand der Unternehmer noch mit unendlichen vereinsgesetzlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wer kennt nicht all die polizeilichen Schikanierungen der gewerkschaftlichen Organisation, die noch während der 1890er Jahre in ganz Nord- und Mitteldeutschland an der Tagesordnung waren und die in großen Gebieten des Deutschen Reichs heute noch keineswegs beseitigt sind. Wissen wir doch alle, die wir in der gewerkschaftlichen Praxis stehen, daß das durch den § 152 der Reichsgewerbeordnung den Arbeitern verbriefte Recht der Koalition vielfach durch die einzelstaatlichen Vereinsgesetze und noch mehr durch deren Handhabung seitens der Polizeiorgane oftmals geradezu illusorisch gemacht wird.

Indes hat das Wachstum der Organisationen bereits der früheren behördlichen Praxis einen Niegel vorgeschoben. Das, was gegenüber kleinen Vereinen von wenigen hundert Mitgliedern möglich war, wird Unsinn, wenn es sich um Hunderttausende handelt. Das Einreichen des Mitgliederverzeichnis in Preußen beispielsweise wird zum Unsinn beim gewerkschaftlichen Mitgliederbestand von einhalb Millionen. Selbst das Ueberwachen der Versammlungen und Sitzungen, das der Polizei zufließt, wird unmöglich, wenn täglich infolge des Umfangs der Organisation und ihrer Einrichtungen viele Tausende von Versammlungen und Sitzungen stattfinden. Und selbst in Sachsen hat, wenigstens in den größeren Städten,

so manches in der behördlichen Praxis sich legen müssen, nachdem die Größe der Organisationen die Krähwinkelpolitik unmöglich machte.

Jetzt endlich, als die Organisation der Arbeiter infolge ihrer Größe die Aufrechterhaltung und Handhabung einer Reihe der schmächtigsten vereinsgesetzlichen Bestimmungen der Einzelstaaten unmöglich macht, hat sich die Reichsregierung entschlossen, ein einheitliches Reichsvereinsrecht zu erlassen. Die Vorlage, die Fürst Bülow als einen Tropfen demokratischen Oels charakterisiert, verdient nach dem oben Gesagten kaum diese Bezeichnung mehr. Gewiß, sie weist gegenüber dem geschriebenen Vereinsrecht in einzelnen Bundesstaaten nicht unwesentliche Vorteile auf. An der heutigen Praxis in Preußen, dem größten Bundesstaat, wird sie fast gar nichts ändern. Sie überläßt das Vereins- und Versammlungsrecht vollständig der polizeilichen Kontrolle, hält die Anzeigepflicht der Versammlungsveranstalter für alle sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigenden Versammlungen aufrecht, und sie hält auch das Genehmigungsrecht der Polizei für Versammlungen und Veranstaltungen unter freiem Himmel aufrecht. Sie befreit nur von dem Einreichen der Mitgliederlisten und sie nimmt der Behörde das Recht, Vereine zu schließen. Dagegen erweitert sie das Auflösungsrecht der Polizei in Versammlungen und sie nimmt sogar ganz brutal den deutschen Reichsbürgern fremder Zunge (den Polen, Dänen und französisch Sprechenden Elsaß-Lothringens) die Möglichkeit, Versammlungen abzuhalten, indem sie die deutsche Sprache als Verhandlungssprache bestimmt. Das ist eine so erhebliche Verschlechterung des gegenwärtigen Rechts, daß selbst die größte Errungenschaft der neuen Vorlage, das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen und Minderjährigen, diese Verschlechterung gar nicht aufheben kann.

Außerdem aber ist die Vorlage ein Ausnahmerecht gegen die fremdsprachigen ausländischen Arbeiter, die von dem deutschen Unternehmertum jährlich in großer Zahl nach Deutschland geschleppt werden. Ganz abgesehen davon, daß es gar nicht anders, als durch die Muttersprache dieser Arbeiter möglich ist, an sie heranzukommen, gibt die Vorlage nur den Reichsangehörigen das Vereins- und Versammlungsrecht. Die Behörden werden in der Praxis das zu berücksichtigen wissen. Wenn aber dem Unternehmertum erlaubt ist, ausländische Arbeiter zu beschäftigen, dann muß auch diesen erlaubt sein, in Deutschland gemeinsam mit den einheimischen Arbeitern ihre Arbeiterinteressen wahrzunehmen.

In den einzelstaatlichen Koalitionsverboten der landwirtschaftlichen Arbeiter ändert die Vorlage ebenfalls nichts. Debet und Kredit der neuen Vorlage ist aber kurz folgenbermaßen zu skizzieren: Sie räumt eine Reihe von einzelstaatlichen vermoderten Bestimmungen aus dem Wege, von denen aber ein großer Teil durch die Praxis abgetan ist. Dafür schafft sie neue reaktionäre Bestimmungen, die für große Teile deutscher Reichsbürger und für die ausländischen Arbeiter in Deutschland verhängnisvoll sind. Dadurch raubt sie faktisch diesen das Koalitionsrecht und macht sie zu willigen Lohndrückern gegenüber der einheimischen Arbeiterschaft. Im großen und ganzen wird die preussische Praxis zu Reichsrecht.

Das ist der erste Tropfen demokratischen Oels, das der Blokreichstag dem Volke geben soll. Dafür wird er Mittel und Wege ausfindig zu machen haben, um das Reichbudgetdefizit auf die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen. Ueber einige weitere Tropfen, die aber noch immer keinen demokratischen Bach bilden, werden wir in einem zweiten Artikel berichten.

Der Fleischkonsum des deutschen Volkes.

In der Reichstagsitzung vom 25. November bei der sozialdemokratischen Interpellation über die ungemein hohen Preise der notwendigen Lebensmittel hat der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg in bezug auf den Fleischkonsum eine Bemerkung gemacht, die auf das volkswirtschaftliche Sachverständnis des Nachfolgers des Grafen Posadowsky ein sehr befremdliches Licht wirft. Er sagte: „Damit (mit den steigerten Löhnen) hat naturgemäß auch ein Mehrverbrauch an Lebensmitteln (?) Platz gegriffen und erfreulicherweise hat in der großen Mehrzahl auch die breiteste Schicht der Bevölkerung die Möglichkeit gehabt, seine Lebenshaltung zu verbessern (?), wie die Zunahme des Fleischkonsums (?), abgesehen von vorübergehenden Schwankungen, gezeigt hat, die in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum bis auf die Größe des englischen Durchschnittskonsums (?) gestiegen ist.“

Man kann von einem Manne, der bisher Polizeiminister war und sich um volkswirtschaftliche Probleme blühentig kümmerte, nicht verlangen, daß er sich in einigen Monaten eine so umfassende und eingehende Kenntnis seines neuen, so ungemein vielseitige Erfahrung voraussetzenden Verwaltungsressorts, in das ihn blinder Zufall oder Laune versetzte, ver-

schafft, um auf allen Gebieten, die ihm unterstehen, sachkundig auf der Höhe zu sein. Wohl aber kann man von ihm verlangen, daß er, wenn er Behauptungen über den Fleischkonsum aufstellt, wenigstens die in seinem eigenen Ressort, nämlich im Kaiserlichen Statistischen Amt vorhandenen Zahlen etwas genauer berücksichtigt.

Danach widerstreitet es den Tatsachen, daß der deutsche Fleischkonsum den englischen erreiche. Tatsache ist vielmehr, daß der englische Gesamtfleischkonsum — und darauf kommt es an, nicht darauf, daß vielleicht die eine oder andre Fleischgattung mehr verbraucht wird — etwa doppelt so groß ist wie der deutsche. Damit wollen wir uns hier aber nicht näher beschäftigen. Wir wollen hier auch die durchaus unrichtige Behauptung des neuen Staatssekretärs nicht weiter kritisieren, daß in Deutschland ein Mehrverbrauch an Lebensmitteln Platz gegriffen habe, sondern nur kurz hervorheben, daß nach allen statistischen Ausweisen der Konsum wesentlich eingeschränkt ist, notgedrungen hat eingeschränkt werden müssen infolge der Teuerung auf allen Gebieten der Lebensbedürfnisse, Getreide, Gemüse, Fleisch, Kohlen, Kleidung, Miete usw. In folgendem wollen wir vielmehr speziell an der Hand der amtlichen Statistiken dem Herrn Staatssekretär beweisen, daß der Fleischkonsum keineswegs zugenommen hat.

Um in dieser Hinsicht zu annähernd richtigen Zahlen zu kommen, muß man die gewerblichen Schlachtungen, die Hauschlachtungen und die Fleischzufuhr zusammenfassen. Danach ergibt sich, vom 1. Juli 1904 an gerechnet — seitdem haben wir erst eine Statistik in dieser Beziehung — folgender Gesamtverbrauch an Fleisch in Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung:

3. Quartal 1904	= 12,79	} = 51,72.
4. „ „	= 14,19	
1. „ 1905	= 12,44	
2. „ „	= 12,30	
3. Quartal 1905	= 12,26	} = 49,32.
4. „ „	= 12,92	
1. „ 1906	= 12,41	
2. „ „	= 11,73	
3. Quartal 1906	= 11,98	} = 50,45.
4. „ „	= 13,20	
1. „ 1907	= 12,93	
2. „ „	= 12,34	
3. Quartal 1907	= 12,81	

Allerdings ist danach der Konsum der 4 Quartale 1906/7 um etwa 1,13 Kilogramm „gestiegen“ gegenüber den 4 Quartalen 1905/6. Was will das aber bedeuten gegenüber der Tatsache, daß die 4 Quartale 1905/6 gerade die waren, die unter der drückendsten Viehnot und Viehteurung standen, und gegenüber der Tatsache, daß der Konsum der 4 Quartale 1904/5 trotzdem noch längst nicht wieder erreicht ist?

Wie kommt also Herr von Bethmann dazu, von einem gestiegenen Fleischkonsum zu sprechen? Selbst die Konsumziffer von 12,81 Kilogramm pro Kopf im 3. Quartal 1907, die doch auch nur eben dem Durchschnitt der letzten Quartale entspricht, rechtfertigt eine solche Behauptung nicht. Und die Konsumziffer des 4. Quartals 1907 wissen wir doch noch garnicht. Möglicherweise hat der Herr Staatssekretär an den vielen Bild- und Geflügelbraten oder an die Kustern und den Kaviar gedacht, an denen sich „die breiteste Schicht der Bevölkerung“ nach seiner Meinung scheinbar so reichlich delectierte.

Gerade die Konsumziffer von 12,81 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung im 3. Quartal 1907 ist charakteristisch und schlägt den Staatssekretär glatt zu Boden, wenn man vergleicht, daß schon das 4. Quartal 1906 und das erste Quartal 1907 entsprechende Konsumziffern von 13,20 und 12,93 aufwiesen.

Auf agrarischer und agrarfreundlicher Seite will man immer darauf hinaus, daß mit dem Einsetzen der Viehteurung im August 1906 gleichzeitig eine intensive Schweineproduktion begann, die jegliche Fleischnot, wenn sie überhaupt bestanden, beseitigt habe. Das ist schon rein zahlenmäßig falsch, denn die Schweineproduktion ist damals gegenüber den Vorjahren keineswegs so außerordentlich gestiegen, wie es immer agrarischerseits in die Weltposaunt wurde, und sie hat zudem augenblicklich wieder wesentlich nachgelassen. Es wurde damals allerdings in einigen Gegenden auf Leben und Tod produziert und gemästet, der hohen Preise wegen. Als diese aber abklauten, ging auch die Schweineproduktion wieder zurück.

Im 3. Quartal 1907 unterlagen der Schlachtvieh- und Fleischschau 3 749 654 Schweine gegenüber 3 508 461 im 3. Quartal 1904. Was bedeutet aber diese „Zunahme“ von 239 000 Schweinen in drei Jahren gegenüber der Bevölkerungszunahme, der Abnahme der Schlachtungen bei anderen Viehgattungen und der außerordentlichen Abnahme der Fleischzufuhr, ganz abgesehen von der Tatsache, daß das Jahr 1904 und 1906 teilweise wesentlich höhere Schlachtziffern für Schweine aufwiesen. Die statistischen Fest-

Stellungen ergaben an geschlachteten Schweinen die folgenden Zahlen:

Table with 4 columns: Quarter, Year, Count, Total. Rows for 3rd Quarter 1904, 4th Quarter 1904, 1st Quarter 1905, 2nd Quarter 1905, 3rd Quarter 1906, 4th Quarter 1906, 1st Quarter 1907, 2nd Quarter 1907.

Die Zahl der geschlachteten Schweine ist danach in den vier Quartalen 1906/7 zwar um rund 220000 gestiegen gegenüber den vier Quartalen 1905/6, hat aber die Zahl der vier Quartale 1904/5 noch nicht wieder erreicht.

Wir müssen hier leider darauf verzichten, die Schlachtzahlen der einzelnen Viehgattungen anzugeben, so lehrreich und interessant sie gegenüber der Behauptung des Herrn von Bethmann auch sind, wir wollen hier aber zitieren, was das Kaiserliche Statistische Amt dazu sagt, nämlich: Die Schlachtungen von Januar bis September 1907 sind im Vergleich zu demselben Zeitraum des Jahres 1906 nur bei den Kälbern (nota bene noch nicht um 1/3 Prozent), Schweinen und Ziegen gestiegen, dagegen bei allen übrigen Tieren gefallen.

Das sagen die Sachverständigen im eigenen Report des Staatssekretärs. Und dabei ist bei allen diesen Zahlen noch die Stabilität des Schlachtgewichts vorausgesetzt, während ganz offenbar die gesteigerte Schlachtzahl bei einzelnen Viehgattungen zum Teil nur erreicht ist durch Heranziehung von Vieh zu Schlachtzwecken, das sonst bisher nicht als Schlachtkraut galt.

Weiter fällt hier ins Gewicht die außerordentliche Abnahme der Einfuhr. Nicht etwa, weil kein Bedarf dazu vorläge, sondern infolge der außerordentlichen Verschärfung und Verteuerung der Einfuhr durch die neuen Fleisch-Einfuhr-Gesetze und weil auf der andern Seite durch die allgemeine Verteuerung der gesamten übrigen Lebensverhältnisse die Kaufkraft des Volkes nach dieser Richtung hin offenbar stark geschwächt ist.

Die Einfuhrzahlen für Fleisch betragen in Kilogramm:

Table with 4 columns: Quarter, Year, Count, Total. Rows for 3rd Quarter 1904, 4th Quarter 1904, 1st Quarter 1905, 2nd Quarter 1905, 3rd Quarter 1906, 4th Quarter 1906, 1st Quarter 1907, 2nd Quarter 1907.

Die Einfuhrziffer zeigt in den vier Quartalen 1906/7 gegenüber den vier Quartalen 1905/6 ein Sinken fast auf die Hälfte; sie zeigt zwar noch einen kleinen Ueberschuß gegen die vier Quartale 1904/5, aber dieser ist belanglos, wenn man dem die Abnahme der Schlachtungen und die Abnahme des Fleischkonsums aus der heimischen Schlachtviehproduktion in den gleichen Zeitabschnitten entgegenseht; und die Einfuhrziffer des 3. Quartals 1907 zeigt ja schon wieder eine auffällige Abnahme, ohne daß dem eine Zunahme der heimischen Produktion ausgleichend gegenüberstände.

Für den Schweinefleischkonsum allein, gewerbliche und Hausfleischungen, sowie Einfuhr zusammengerechnet, ergeben sich folgende Zahlen in Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung:

Table with 4 columns: Quarter, Year, Count, Total. Rows for 3rd Quarter 1904, 4th Quarter 1904, 1st Quarter 1905, 2nd Quarter 1905, 3rd Quarter 1906, 4th Quarter 1906, 1st Quarter 1907, 2nd Quarter 1907.

Table with 4 columns: Quarter, Year, Count, Total. Rows for 3rd Quarter 1906, 4th Quarter 1906, 1st Quarter 1907, 2nd Quarter 1907.

Also trotz der angeblich intensiven Schweinezucht ist in den vier Quartalen 1906/7 eben die Konsumziffer der vier Quartale 1904/5 erreicht. Und diese Ziffern wiegen um so schwerer, als, wie gesagt, der Schweinefleischkonsum mehr als die Hälfte, ja sogar 2/3 des gesamten Fleischkonsums überhaupt ausmacht, und vor allen Dingen den Hauptkonsum der armen und minder wohlhabenden Klassen bildet. Ganz offen sagt denn auch das Kaiserliche Statistische Amt: „Der Rückgang des Gesamtfleischkonsums pro Kopf beträgt vom Jahre 1904/5 zum Jahre 1905/6, wie oben berechnet, 2,40 Kilogramm. Der Konsum an Schweinefleisch ist in dieser Zeit pro Kopf um 2,71 Kilogramm gefallen. Danach entfällt der Rückgang des Konsums vornehmlich auf Schweinefleisch. Wenn man noch in Erwägung zieht, daß diese Minderung wohl in der Hauptsache bei den weniger bemittelten Volksschichten eingetreten ist, so wird mit Recht angenommen werden können, daß in dieser Klasse der Konsum noch niedriger gewesen ist, als der hier berechnete. Die billigeren Schweinefleischpreise im 4. Vierteljahr 1906 brachten auch wieder eine Steigerung des Konsums, die bis zum 1. Vierteljahr 1907 anhielt, um in den beiden folgenden Vierteljahren wieder zurückzugehen. . . . Betont muß hier noch werden, daß die Berechnung pro Kopf der Bevölkerung an sich wenig geeignet ist, ein klares Bild der Wirkung auf den Einzelhaushalt zu verschaffen. Berücksichtigt man, daß Kinder unter 8 Jahren und alte Leute über 70 Jahre für den Konsum von Fleisch beinahe auscheiden, berücksichtigt man ferner, daß je nach den verschiedenen Einkommensklassen der Konsum mit dem Preise des Fleisches ganz verschieden abnimmt, so ist ein Rückgang von 2 Kilogramm pro Kopf schon von nicht unerheblicher Bedeutung.“

Die Ausführungen des Staatssekretärs v. Bethmann, die in tristem Widerspruch stehen mit den Tatsachen, um die selbst das Kaiserliche Statistische Amt nicht herumkann, sind also, gelinde gesagt, äußerst oberflächlich. Bei einem einigermaßen sorgfältigen Blick auf die in seinem eigenen Report zusammengestellten und verarbeiteten Zahlen hätte er so nicht reden dürfen.

Es wäre verführerisch, bei dieser Gelegenheit auch der Preisfrage einmal etwas näher zu treten. Dazu fehlt uns aber im Rahmen dieses Artikels der Raum. Jedenfalls ist sicher, daß auf allen auswärtigen Märkten in allen Viehgattungen wesentlich billigere Preise bestehen als in Deutschland und daß wir in Deutschland wie zurzeit das weit aus teuerste Brot, auch das weitaus teuerste Fleisch essen. Das Kaiserliche Statistische Amt sagt: „Vest man bis zum Jahre 1903 zurück, so zeigt sich ein fast ununterbrochenes Steigen der Preise für Rindvieh, Kälber und Hammel. Nur die Schweinepreise zeigen ein wechsellüpfendes Bild. . . . Berechnet man den Durchschnitt . . . im Jahre 1903 und stellt denselben dem des Jahres 1907 gegenüber, so zeigt sich, daß der Doppelzentner Kalbfleisch um 23,6 Mk., Rindfleisch um 21,6 Mark und Hammelfleisch um 20,9 Mark gestiegen ist.“

Das ist ganz gewaltige Steigerungen, die auf den Konsum und damit auf die gesamte Ernährung und die Lebenshaltung der breitesten Volksschichten außerordentlich empfindlich einwirken, und zwar um so empfindlicher einwirken, als die konsumierende Bevölkerung nicht nur die höheren Preise zu zahlen hat, sondern auch noch die grade im letzten Jahre besonders hohe Spannung, d. h. den Unterschied zwischen Vieh-Einkaufspreisen und den Fleisch-Verkaufspreisen, auszugleichen hat. Diese Spannung betrug z. B. beim Schweinefleisch in den letzten 4 Jahren seit 1904 34,5 Mk. — 27,4 Mk. — 32,7 Mk. und 40,5 Mk. pro Doppelzentner.

Aus den Zahlen geht hervor, daß der Aufschlag der Schlächter auf die Viehpreise beim Verkauf des Fleisches ein ständiges höherer wird, so daß selbst die sinkenden Viehpreise dem konsumierenden Publikum nicht sehr zugute kommen, weil sie durch einen um so höheren Aufschlag beim Fleischhandel zugunsten der Schlächter wieder weit gemacht werden. Denn was nützt es, wenn das Vieh pro Doppelzentner um 10 Mk. billiger wird, dagegen der Schlächter beim Verkauf einen um 10 Mk. höheren Preis pro Doppelzentner gegenüber dem bisherigen Aufschlage berechnet. Näher darauf einzugehen, würde hier zu weit führen.

Aus der obigen Darstellung geht zur Genüge hervor, was es mit der Behauptung des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg über die „verbesserte Lebenshaltung“ und die „Zunahme des Fleischkonsums“ der „breitesten Schichten der Bevölkerung“ auf sich hat, nämlich, daß es nur eine parlamentarisch-schönrednerische Phrase ist, und daß im Gegenteil aus den amtlich festgestellten Tatsachen selbst hervorgeht, daß die breitesten Schichten der Bevölkerung vielmehr an einer Verminderung und Verteuerung des Konsums und an einer wesentlichen Verschlechterung der gesamten Lebenshaltung leiden.

Der Kampf in Augsburg.

Die Unwahrscheinlichkeit ist eine der am meisten in Anwendung gebrachten Waffen der Augsburger Unternehmer in diesem Kampf. Wir haben schon der aller Wahrheit baren, sich immer widersprechenden Publikationen von jener Seite gedacht. Einmal wird der frühere

Tarif mit dem Brauerarbeiterverband gelobt, dabei aber geschwindelt, daß er nicht mit dem Verband abgeschlossen sei, das andere Mal soll er die Wirkung gehabt haben, daß die Unternehmer nicht mehr Herr im Hause seien; ferner wird wieder erklärt, ein einheitlicher Tarif sei für Augsburg unmöglich, dagegen wolle man den Arbeitern einen einheitlichen „Tarif“ aufzwingen. Dann sagt man wieder, die Arbeiter hätten mutwillig den Kampf heraufbeschworen, im gleichen Atemzuge erklärt man ein um das andre Mal prächtig: Verhandelt wird nicht!

Auch auf den Herrn Syndikus Rechtsanwält Knoll scheinen die Unternehmer und ihre Pressevertreter ungünstig abgefärbt zu haben, auch er leistet sich in einem Zirkular vom 7. Oktober an die Brauereien außerhalb Augsburgs, in dem sie dringend ersucht werden, nach Augsburg Bier nicht zu liefern, die unrichtige Behauptung, daß der Lohnkampf ohne Verfall der Augsburger Unternehmer ausgebrochen sei. Der Herr Syndikus sollte oder könnte wissen, daß der Lohnkampf allein durch Verschulden der Unternehmer entstanden ist. Offenherzig ist er aber in dem Falle, als er den Brauereien in dem Zirkular den Nutzen eines für die Brauereien günstigen Ausgangs des Kampfes in Augsburg plausibel zu machen sucht, die daraus entnehmenden Folgen: Wenn die Augsburger Brauereien ihren Plan durchgeführt haben, dann kommt ihr mit der Scharfmacherei beginnen! Nun, wir werden es ihnen verzeihen.

Niedriger hängen wollen, wir die auf den Kampf bezüglichen Verfügungen in dem Geschäftsbericht der Arbeiter-Gesellschaft Kronenbräu vom 1. 1. 1907/07. Es gehört eine dreifache Seite dazu, im Gegensatz zu den wirklichen Tatsachen folgendes zu schreiben:

„Zu all dem Unangenehmen hat uns der erste Tag des neuen Geschäftsjahres den Brauerstreik gebracht, welchem nach wenigen Tagen die Verhängung des Boykotts über fast alle Augsburger Brauereien nachgefolgt ist. Haben wir unter dem letzteren auch nur wenig gelitten (Absatzverlust einige hundert Hektoliter), so war doch durch den ersten unser Verleib mehrere Tage recht nachteilig beeinflusst. Die von den Brauerarbeitern abgelehnte neue Tarifvorlage der Arbeitgeber, welche gegenüber der letzten, am 1. September 1905 von beiden Seiten angenommenen wesentliche Lohnerhöhungen und andre Vergünstigungen geboten hatte, war die vorgebliche, die von den Agitatoren kommunistisch-bierte Kraftprobe der Organisation aber die wirkliche Ursache der sehr ungerechtfertigt in Szene gesetzten heutigen Bewegung. Sie hat für ihre Urheber zwar fast keinen Erfolg, und jedoch abermalige, allerdings in freier Vereinbarung mit den gemäßigten Elementen unserer Arbeiterschaft geschlossene Lohnerhöhungen unter Bedingungen gebracht, die uns wenigstens noch Herr im Hause bleiben lassen, was bei Annahme der Forderungen der Streikenden nicht mehr der Fall gewesen wäre.“

Die Gesellschaft verteilt 8 Prozent Dividende bei 239 406 Mk. Nettogewinn, gegen 9 Prozent im Vorjahre bei 250 168 Mk. Nettogewinn. Dieser Verlust an 1 Prozent und die Tatsache, daß in diesem Jahre an Lantifikationen und Gratifikationen „nur“ 20 331 Mk. gegen 27 323 Mk. im Vorjahre „verteilt“ wurden, mag den Verrag, „des Herrn im Hause“ begreiflich machen und ihn zu seinem wahrheitswidrigen Bericht veranlassen haben.

Was die „Bundes-Zeitung“ zu diesem Kampf schreibt, wollen wir lediglich registrieren und das Urteil darüber den Kollegen und auch den Bundesmitgliedern überlassen. Sie schreibt in Nr. 48:

„Der Brauerstreik ist jetzt endgültig verloren, das vermag selbst die sozialdemokratische Partei, die ihn aus Machttugenden entfaßt hat, nicht mehr zu verkünnen. Es ist aber gewiß nicht aus einem Gefühl des Triumphes, wenn dies jetzt bei dem vorhergehenden Verlust des Kampfes festgestellt wird, die Brauerarbeiter haben im Gegenteil sehr viel Sympathien aus nicht sozialdemokratischen Kreisen gehabt, sondern es geschieht nur, um wieder einmal die Sozialdemokratie an der Arbeit zu zeigen. Durch ihre heftigen, auffachenden Reden treibt sie ihre Anhänger in den Streik, verleiht dann die Einsicht in die wirkliche Sachlage, gaukelt ihnen nicht vorhandene günstige Verhältnisse vor und stürzt sie in schmerzlichen wirtschaftlichen Schanden, nur um die Macht zu erlämpfen.“

So ein trister Widerspruch, daß eine Sache, die auch „sehr viel Sympathien“ hat, aus Machttugenden der Sozialdemokratie entstanden sein soll, fällt uns bei der „Bundeszeitung“ nicht weiter auf. Aber diese Tatsache der Sympathie allein schon, wie die übrigen Behauptungen über den Streik. Wenn die „Bundeszeitung“ trotzdem und angesichts des Umstandes, daß die Augsburger Brauerarbeiter gegen ein scharfgemachtes Unternehmertum, das in voller Absicht den Kampf heraufbeschwor, um ihr Vertrags- und bisheriges Mißbehaltungsrecht in Lohn- und Arbeitsverhältnissen kämpfen, dennoch zu diesen Behauptungen kommt, dann beweißt das nur, daß sie sich die Vertretung der Interessen der um ihr Recht und um bessere Verhältnisse kämpfenden Arbeiter in der Weise angelegen sein läßt, wie es sich die Unternehmer nicht anders wünschen können. Ob der Kampf endgültig für die Arbeiter verloren ist, darüber möge sich die „Bundeszeitung“ nur keine vorzeitigen Hoffnungen machen, das glauben nämlich die Augsburger Unternehmer selbst nicht.

Bei den Unternehmern in Augsburg kommt die Einsicht allmählich, allerdings etwas spät. Es fängt bei einem Teil der ärmlichen und kleinen Brauereibesitzer schon zu dämmern an. Sie sehen schon langsam ein, welche große Dummheit sie gemacht haben, indem sie sich an den Karren der Scharfmacher spannen lassen und diesen frivolen Kampf mit ihren Arbeitern heraufbeschworen haben, welcher den Ruin ihrer eigenen Existenz beschleunigt. Hat sich doch unlängst ein solcher Brauereibesitzer in seiner Bedrängnis offenherzig ausgesprochen, daß sie von den Großen (gemeint Aktienbrauereien) kaputt gemacht werden, ob sie mit diesen fernerhin gemeinschaftliche Sache machen oder nicht. Weiter meinte dieser Herr: „Es wäre doch besser gewesen, wenn wir mit unsern Arbeitern diese Angelegenheit friedlich geregelt hätten.“

Bei den Augsburger Brauereibesitzern sind vernünftige Anschauungen in wirtschaftlichen Fragen eine große Seltenheit, diesmal hat aber jener Brauereibesitzer den Nagel auf den Kopf getroffen, schade, daß sich diese Erkenntnis zu spät Bahn bricht. Die Großen werden sich nun vergnügen ins Häufchen Lachen und werden schon kaffir sorgen, daß diese kleinen Konkurrenten schnellstens von der Bildfläche verschwinden. Diesen bedrängten Scharfmachern bleibt nur noch der einzige Trost, die Organisation der Arbeiter vorübergehend geschwächt zu haben. Aber auch dieser Trost ist ein sehr wagemeres, denn bei den sogenannten Arbeitswilligen, welche unter den größten Verprechungen in die Brauereien gelockt wurden, ist eine große Ertüchtung vorhanden, weil die gegenwärtigen Verhältnisse in den Brauereien unerträglich geworden sind. Andernteils haben die Brauereibesitzer mit diesen Leuten sicher nicht die besten Erfahrungen gemacht, und werden Letztere kaum imstande sein, jene vor dem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren.

Wie man hört, soll es in der Brauervereinigung schon zu Mißstimmigkeiten gekommen sein, hauptsächlich wegen des Konsumverweiges. Dieser sollte laut Beschluß nach Beendigung dieses Kampfes dem Brauereibesitzer Bill. Stöber, welcher vor diesem Kampfe das Bier an den Konsumverein lieferte, wieder zugewiesen werden; alle übrigen Brauereibesitzer mußten sich verpflichten, an den Konsumverein jede Bierabgabe zu verweigern. Der Konsumverein hat aber schon längst für dauernd auf Augsburger Bier Verzicht geleistet und ist in der angenehmen Lage, Bier von bedeutend besserer Qualität als das Augsburger Gebräu an seine Mitglieder zu verabreichen. Die Herrn haben sich also mit ihrer Kalkulation ziemlich verplandelt, indem sie das Hell schon verteilten, ohne daß es ihnen gelungen ist, den Varen zu erlegen. Allerdings soll der fragliche Brauereibesitzer ein ziemlich verdientes Geschäft machen, und soll nicht besonders erbaunt sein über die „Garantie“ genannter Vereinigung bezüglich seiner früheren Kundschaft.

Auch die schon längst beschlossene Bierpreiserhöhung bereitet diesen Herren große Kopfschmerzen, zumal sie selbst einsehen, daß, so lange der Vopylott nicht aufgehoben ist, an eine solche nicht gedacht werden kann.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugung ist ferngehalten. nach Augsburg, Rundernach (Malzfabriken), Donauwörth, Deggendorf, Moos (N.B.), Nordhansen (Brennerei Fr. Degen), Schwabach (Brauerei Wiesbeck), Bad Lög (Schäfflerbräu), Mühlheim (Muh-Saarn (Malzfabriken), Mainz (Malzfabriken), Dahnau (Malzfabrik) und Mannheim (Malzfabrik).

† Der „Doornlaak“-Schnaps ist boykottiert. Eine Kartellkonferenz der Kartelle in Ostfriesland und Oldenburg hat Ende Oktober erneut beschlossen, den „Doornlaak“-Schnaps weiter zu boykottieren. Kollegen, sorgt für Ausführung dieses Beschlusses!

† Boykottiert ist auch der Schnaps der Kornbrauereiwirtschaft Friedrich Degens Nachfolger, Inhaber W. Stegemann Söhne, Nordhausen. Herr Stegemann hofft und hat sich ausgelassen, daß es nur noch ein paar Wochen dauere, und wir müßten nachgeben, denn soviel Geld zur Unterstützung können wir gar nicht haben.

† Gravenhütt. Tarifvertrag. Mit der Schloßbrauerei, Fr. Mayer, schloß der Zentralverband deutscher Brauerarbeiter am 23. November einen Tarifvertrag ab. Vereinbarung ist:

Arbeitszeit 10 1/2 Stunden, für Schäffler 9 1/2 Stunden. Jeden zweiten Sonntag oder gesetzlichen Feiertag 16 Stunden frei. Lohn für die zurzeit Beschäftigten im 1. Jahr 21 M., im 2. und 3. Jahr 22 M., im 4. Jahr 23 M. pro Woche. Neueintrittende 20 M., steigend jährlich um 1 M. bis 28 M. Bei höheren Löhnen wie im Tarif 1 M. Zulage. Hilfsarbeiter an Stelle Gelehrter erhalten deren Lohn. — Ueberstunden 40 Pf., für Bierläufen bei früherem Anfang 2 M. pro Woche. — Für Bierjournalisten wochentags nach 10 Uhr pro Stunde 30 Pf., Sonntags 1 M.

Urlaub ohne Lohnabzug nach 2 Jahren 3 Tage, nach 4 Jahren 4 Tage. — Reinliche Bade-, Wasch- und Umkleeräume sowie geeigneter Trockentraum. — In Krankheitsfällen vom 1. bis 3. Tage voller Lohn, vom 4. bis 13. Tage Zuschuß zum Krankengeld bis zu 1/3 des Lohnes für Verheiratete, 1/2 für Ledige. — Bei Leibern vom Tag 1,50 bis zu 14 Tagen. Unverschuldete Versäumnisse kein Lohnabzug. — Wegen event. Arbeitsmangel Ausgestellte werden auf Ansuchen bei erhöhtem Bedarf oder Mälzereibeginn wieder eingestellt. — Freies Koalitionsrecht.

Der Tarif trat am 1. Dezember 1907 in Kraft.

† Stettin. Tarifvertrag. Ein Tarifvertrag wurde mit der Firma Defebere, Brauerei, Brennerei und Pilsenerfabrik, vereinbart. Die wesentlichen Erfolge sind folgende: Abschaffung des Stundenlohnes und Einführung des Wochenlohnes mit bedeutender Lohnerhöhung; Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich; gleiche Bezahlung der Sonn- und Feiertagsarbeit sowie erhöhte Bezahlung der Ueberstunden; in Krankheitsfällen wie militärischen Übungen auf 14 Tage Bezahlung des vollen Lohnes. Außerdem Bestimmungen in bezug auf sanitäre Einrichtungen und die Wiedereinstellung und Entlassung von Arbeitern. Des weiteren erfolgt am 1. Januar 1908 eine weitere Aufbesserung von 75 Pf. pro Woche.

Vor ungefähr 3 Monaten wurde der Tarif eingezieht, es war aber damals nur eine Erhöhung des Stundenlohnes von 3 Pf. zu erzielen, indem der Betriebsleitung bekannt war, daß die Kollegen der Organisierten mit noch zuviel Indifferenten durchsetzt waren. An den Kollegen wird es nun liegen, das Erzeugnisse zu halten. Dieses ist aber nur möglich, wenn wie bisher alle Mann an dem Aufbau und der Weiterentwicklung der Organisation mitarbeiten.

Aber auch alle Kollegen Stettins seien an dieser Stelle wiederum darauf aufmerksam gemacht, auf der Hut zu sein, daß das mühsam errungene Mitbestimmungsrecht nicht wieder verloren geht. Wir wollen nicht dem „Bund der Brauereigenossen“ nachhaken, dessen ohnehin schon winziger „Tarif“ nur auf dem Papier steht, ohne daß die Betriebsleitungen danach handeln. Zur Erhaltung eines Tarifs ist eben eine noch größere Macht notwendig, wie zur Schaffung eines solchen. — Darum auf, Kollegen, hinein mit dem letzten Mann in den Verband, den einzigen Vertreter unserer Interessen. Durch die kurze Zeit eurer Mitgliedschaft habt ihr schon einen gewaltigen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen erobert, nicht mehr als Bittende und Schuglose steht ihr heute den kapitalkräftigen Unternehmern gegenüber, sondern als Mitbestimmende über eure eigenen Interessen. Eine der vornehmsten Aufgaben, die den Arbeitern zusteht, lernt ihr begreifen! Sorgt auch dafür, daß diese Erkenntnis jedem Mitarbeiter beigebracht wird!

† Tübingen. Tarifvertrag. Mit den Brauereien: 1. Goesele u. Strammann, 2. Eisenmenger, 3. Marschardt-Tübingen, 4. Würner-Düblingen, 5. Heinrich-Lustau schloß der Zentralverband deutscher Brauerarbeiter am 10. September einen Tarifvertrag ab mit nachfolgenden Bedingungen:

Arbeitszeit im Sommer (1. April bis 30. September) 10 1/2 Stunden, im Winter (1. Oktober bis 31. März) 9 1/2 Stunden. Lohn: 23 Mark Anfangslohn, steigend jährlich um 1 Mark bis zum Höchstlohn von 27 Mark pro Woche. — Ueberstunden wochentags 45, Sonntags 65 Pf. pro Ueberstunde.

Bei Krankheit vom 3. Tage ab auf die Dauer von 2 Wochen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, bei militärischen Übungen auf zwei Wochen die Hälfte des Lohnes. Bei sonstigen unverschuldeten Versäumnissen kein Lohnabzug.

Urlaub ohne Lohnabzug nach zwei Jahren 3 Tage, nach drei Jahren 4 Tage.

Der Tarif trat am 1. August 1907 in Kraft.

† Reulensrode. Tarifvertrag. Mit der Brauerei G. L. Reulens wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen folgende Verbesserungen brachte: Lohnaufbesserung wöchentlich je 3 Mark, Arbeitszeitverkürzung täglich 1 Stunde, Bezahlung der Ueberstunden mit 40 Pf., bei Krankheit Zuschuß zum Krankengeld bis zur Höhe des Lohnes während der ersten 14 Tage, bei Übungen 14 Tage vollen Lohn, bei unverschuldeten Versäumnissen bis zu zwei Tagen kein Lohnabzug, Urlaub ohne Lohnabzug nach einjähriger Tätigkeit drei Tage. Der Tarif trat am 5. August 1907 in Kraft. Viel zu bessernd blies für spätere Zeit noch übrig. Nach Bescheidenes konnte mit geregelt werden, wenn die Kollegen nicht selbst verhandelt hätten. Jetzt handelt es sich darum, das Ergebnis festzu-

halten durch treues Aushalten in der Organisation, dieselbe gut auszubauen, damit das jetzt Versäumte, noch Notwendige später nachgeholt werden kann.

Brauerzeits.

† Stettin. Tarifvertrag. Mit der Firma Dramburg u. Hertwig schloß der Zentralverband deutscher Brauerarbeiter und verw. Berufsgenossen am 7. September einen ähnlichen Tarifvertrag ab wie mit der Firma F. Müschert, mit ähnlichen wesentlichen Verbesserungen.

Malzfabriken.

† Wahrenth. Tarifvertrag. Mit der Malzfabrik Hoffmann schloß der Zentralverband deutscher Brauerarbeiter einen Tarifvertrag ab mit folgenden Verbesserungen: Lohnerhöhung wöchentlich für 14 Mann je 5 M., für 2 Mann je 4 M.; Arbeitszeitverkürzung täglich 1 1/2 Stunden; 12stündige Schicht von 6 bis 6 Uhr; Bezahlung der Ueberstunden mit 50 Pf. pro Stunde, Sonntagabendmittags 50 Pf. die Stunde. Bei Krankheit wird drei Wochen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt, unverschuldete Versäumnisse bis zu 1 Tag werden nicht in Abzug gebracht.

† Dahnau. Aussperrung. Wegen Aussperrung in der Malzfabrik Dahnau ist Zugung ferngehalten!

† Kothelm. Streit und Tarifvertrag. Der Streit in der Malzfabrik van der Wergh ist beendet durch Abschluß eines Tarifvertrags, der den Kollegen bedeutende Vorteile brachte.

† Mannheim. Streit. In der Malzfabrik und Mälzerei Seymann sind die Kollegen in den Ausstand getreten. Zugung ist ferngehalten!

Korrespondenzen.

Apolde. Wie Bundesmitglieder von ihren „Führern“ und „Obermitgliedern“ behandelt werden, was umso verständlicher ist, da sie ihnen doch nur Mittel zum Zweck sind, das hat man hier öfter zu beobachten. Ein typischer Fall. Der Wächmeister nannte einen Kollegen Faulenzer usw. Beide sind Bundesmitglieder. Der Herr Braumeister kam dazu und wurde vom Wächmeister aufgefordert, den betreffenden Kollegen zu entlassen. Dieser ging darauf nicht ein und entließ den Kollegen nicht. Letzterer ging dann zu dem „Obermitglied“ L., beschwerte sich über die Behandlung seitens des Wächmeisters und meldete sich vom „Bund“ ab. Anlaß daß nun dem Wächmeister den Standpunkt klar machte, wie er Leute zu behandeln habe, bekam der angegriffene Kollege noch Großheilen aufgehängt mit dem Vermerk: „Na, du wirst es ja sehen, du kommst bald hinaus!“ Das nennt man nun von den „Obermitgliedern“ Kollegialität, und so wird es nicht nur mit einem gemacht. Dieser Terrorismus ist das Mittel, mit dem die Kollegen zu „überzeugten“ Bundesmitgliedern gemacht werden, namentlich durch den Terrorismus solcher, die sich schon dreimal zum Verband angemeldet haben, ihres „vortrefflichen“ Charakters wegen aber nicht aufgenommen wurden, und dann ihr möglichstes tun, daß die Arbeiter, die im Verband sind, so raffiniert gedrückt werden, bis sie dem Betrieb den Rücken kehren. Nun die Kollegen endlich eingeseher beginnen, welchen Zweck sie dienen sollen, wenden sie sich von diesen Herren ab, darum auch der Anglist des 2. in Nr. 48 der „Bundes-Zeitung“. Oder ist der in Wasser gefallene Tarif die Ursache dieses „Anglistes“? Wie diejenigen Kollegen, die dieses unsaubere Spiel, das mit ihnen getrieben wird, fast haben, die wünschen, daß die Interessen der Allgemeinheit und nicht Sonderinteressen einzelner gewahrt werden, sind zu unserer Verammlung am nächsten Sonntag 3 Uhr im „Vorwärts“ eingeladen.

Berlin. Von der Ortskrankenkasse für das Bierbrauergewerbe werden wir um Aufnahme des Nachfolgenden von der Generalversammlung am 25. November ersucht:

Anwesend waren 9 Arbeitgeber- und 81 Arbeitnehmer-Delegierte. Nach dem Bericht des Vorstehenden über den augenblicklichen Stand der Kasse hat die Mitgliederzahl um ca. 400 Köpfe zugenommen, der Krankenbestand dagegen ist seit dem Monat August gegen das Vorjahr trotz des höchsten Mitgliederbestandes dauernd niedriger geblieben. Eine Erscheinung, die seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet werden konnte. Die seit einer Reihe von Jahren beobachteten Schwankungen der Krankheitsfälle und finanziellen Verhältnisse der Kasse scheinen jetzt auf dem Beharrungsstadium wieder angelangt zu sein.

An Beiträgen sind ca. 27 000 M. mehr als im gleichen Zeitraum 1906 vereinnahmt worden. Diese Mehrerträge sind zurückzuführen auf die höhere Mitgliederzahl, den niedrigeren Krankenbestand, den neuen Tarif vom 21. Januar, wonach von den untergeordneten Brauereien für die männlichen Mitglieder seit 1. Januar 1907 fast ausnahmslos die Beiträge zur I. Mitgliederklasse gezahlt werden, und auf die Einführung der Gefahrenklassen, wonach die Beiträge für dieselben Betriebe seit 5. August d. J. von 3 1/2 auf 4 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns erhöht wurden. Hieraus allein seien bisher ca. 13 000 M. Beiträge mehr erzielt worden.

Das Gesamtvermögen betrug zu Anfang des laufenden Jahres 189 290,18 M., augenblicklich aber ca. 229 000 M., mithin mehr ca. 40 000 M. Demnach sei Aussicht vorhanden, dem Reservefonds am Jahresschluß mehr, als gesetzlich und statutenmäßig vorgeschrieben, zuführen zu können. Dieser hatte am 31. Dezember 1906 einen Kursumwert von 164 813,05 M.

Bohum. In der Versammlung vom 3. November gab Kollege Jöhler den Situationsbericht und streifte hauptsächlich den Vopylott in Köln und die Augsburger Bewegung. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Ueberschüsse von 188,55 M. und eine Ausgabe von 184 M. Unter „Versehenes“ kam die ungleiche Bezahlung der Kollegen der Schlegelbrauerei zur Sprache. Es erhalten dort Kollegen, welche schon länger im Geschäft sind, aber nach Angabe des Braumeisters keinen Posten vertreten können, was ja immer bei Organisierten der Fall ist, weniger als die jüngeren. Auch sind noch so viele Mängel vorhanden, und um diese zu beseitigen, würde es Zeit, daß die Kollegen endlich einmal erwachen und sich dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter anschließen.

Duisburg. In der Brauerei Dabben herrschen Mängel, die wir der Öffentlichkeit zu unterbreiten gewungen sind. Hier treibt das Bundesmitglied Dabbe sein Unwesen, indem er durch sorgfältige Denunziation und Redensarten, welche seinem jugendlichen Alter überhaupt nicht anstehen, die organisierten Arbeiter hinaus zu schieben sucht. Trotz wiederholten Vorstellungsverweises beim Herrn Braumeister wurde den organisierten Arbeitern kein Recht zuteil. Und wenn eine Aufhebenstelle frei ist, dann holt der obengenannte Albrecht im Einvernehmen mit dem Braumeister ein in Arbeit stehendes Bundesmitglied, um die Stelle zu besetzen. Wir erwarten von der Betriebsleitung, daß sie Herr Remedur schafft.

Freiburg. Gauleiter Thierex, Karlsruhe, hielt in Freiburg und Umgebung einige Agitations-Versammlungen ab. Die Versammlung in Emmendingen war von familiären Kollegen besucht und fand der Vortrag allgemeinen Beifall. Man muß bezeugen, daß die Kollegen von Emmendingen das Rufwort unserer Jahresthese sind und den Wert der Organisation richtig erkannt haben. Die Versammlung in Freiburg war sehr mäßig besucht. Die Zurechtweisung und der Indifferentismus sind groß, das kann sich noch hinterziehen. Die Versammlung in Freytag war gut besucht, der Vortrag des Gauleiters fand großen Beifall. Wir rufen der jungen Organisation zu. Halte dich fest zum Verband und auch für euch treten bessere Verhältnisse ein. Die Versammlung in Riegel war sehr mäßig besucht. Riegel ist das Schmerzzentrum unter Jahresthese. Als große Brauerei haben die Kollegen das Recht, die Verhältnisse für die Organisation, und einer nachher sich hinter dem andern. Die Kollegen geben alle vor, „neutral“ zu sein. Was ist neutral? Es ist weiter nichts als eine Schädigung aller dort Beschäftigten. Es gibt auch zu erwarten, und viele Mann für Mann dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter bei!

das gegenseitige Bekämpfen weg, faßt Vertrauen zu einander, sie sind offen und ehrlich in die Augen und halb werde ihr erkennen, wie ihr euch selbst geschädigt habt. Es ist Zeit, das einzuholen, was ihr in Jahren veräußert habt. Darum hinein in den Verband! Nur Einigkeit macht stark!

Geiltingen-Stieg. In der Versammlung vom 24. November sprach Gauleiter Thierex vor einer gut besuchten Versammlung über „Arbeiterorganisation und Unternehmervereinigungen“. Mit gespanntem Interesse verfolgten die Kollegen die Ausführungen, es war ein Ansporn für unsere junge Mitgliedschaft. Die Aufgaben unserer Organisation zu hören, sowie in die Kampfesart unserer Unternehmervereinigungen Einblick zu erhalten, war für die Kollegen von sehr großer Wichtigkeit. Die Folge war, daß die noch fernstehenden Kollegen sich unserer Organisation anschlossen. Es ist auch diesen Kollegen zum Bewußtsein gekommen, daß nur festes Zusammenhalten und zu bessern Arbeits- und Lohnverhältnissen führen kann.

Heßen. Der Heßenmeister Bonn wird berichtet in Nummer 45 über die Entlassung des Kollegen Beder wegen Verbandszugehörigkeit in der Brauerei Denninghof und über eine Brauerarbeiterversammlung, die sich mit dieser Sache beschäftigte, in der auch der Heßenmeister Bonn amwesend war. Sich auf die Seite des Herrn Denninghof stellte und erklärte, mit Beder nicht mehr zu arbeiten. Hierbei äußerte Bonn auch, er wolle in Eberstadt selbst organisiert gewesen, sei aber ausgetreten, weil ein Parteigänger F. K. Parteigänger unterschlagen habe; die Partei hätte deshalb seine Wirtschaft boykottiert und hätte er einen Schaden von über 16 000 Mark gehabt. Nach eingehender Erkundigung bei glaubwürdigen Personen in Eberstadt und Darmstadt, die sich für die Wahrheit ihrer Aussagen verlässig, haben sich die hiesigen Behauptungen als durchaus unwahr erwiesen. Wahrheit ist folgendes: Die Unterschlagung von Parteigeldern des Genossen F. K. ist von F. K. E. G. F. n. d. u. Mitglied der Partei ist er nie gewesen; er mag wohl hier und da einen Groschen aus Geschäftsinteresse geopfert haben, weil sich in seiner Wirtschaft das Parteigeld befand. Boykottiert ist er auch nicht geworden, sondern die Partei zog aus seinem Lokal aus aus folgenden Gründe: Zu einem Wabfest der Partei lieferte Bonn das Bier für Rechnung der Partei. Ein Kollege bezog das Bier und bemerzte beim Auflegen der Fässer, daß dieselben nicht voll waren. Es wurde dagegen nicht reklamiert. Der Kollege hatte sich aber Nummer und Literzahl der geleisteten Fässer aufgezeichnet. Bonn holte mit seinem Fuhrwerk die leeren Fässer vom Festplatz ab. Bei der anschließenden Abend vorgenommenen Vergleichskontrolle der leeren Fässer fehlten zwei kleine, an deren Stelle befanden sich zwei große. Bonn bestritt, den — Tausch vorgenommen zu haben. Die verschwindenden vier kleinen Fässer wurden aber in Bonns Scheune, hinter Strohscheitel, aufgefunden und Bonn gab sich zufrieden, daß diese an die Stelle der eingeschmuggelten großen Fässer gestellt wurden. Daß die Partei da aus dem Lokal auszog, ist erklärlich.

Wenn nun der Heßenmeister Bonn, der sich als getreuer Mitarbeiter des Herrn Denninghof geriert, in der Versammlung den Mut zu solchen Verdächtigungen hat, mit keinem organisierten Kollegen mehr arbeiten will, so ist der Grund in vorstehendem hinlänglich gegeben. Aber Herr Bonn mag wissen, wenn er und Herr Denninghof noch so viel auf den Verband bräuen: der Verband ist keine Eberstädter Wasserzehr, die rückwärts läuft, in die Augen laufen besamtlich die Wasserzehr vorwärts. Als technischer Leiter wird ihm das wohl bekannt sein.

Köln-Mülheim. Die Versammlung vom 10. November beschäftigte sich nach Bekanntgabe des Tätigkeits- und Kassenberichts vom 3. Quartal mit dem einseitigen Verhalten des Braumeisters der Brauerei Walfan bei Einstellungen usw., und wurde beschlossen, die Wirte und die Arbeiterchaft davon in Kenntnis zu setzen. Die Erhebung des Extrabetrages von 50 Pf. wurde allseitig gutgeheißen und verpflichten sich die Kollegen, energisch für die Stärkung der Kasse einzutreten. Die Restanten wurden dringend ermahnt, ihren Verpflichtungen nachzukommen und mit einem Hoch auf die Solidarität der Brauerarbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Senftenach. Unsere Versammlung im November war leider sehr schlecht besucht, besonders die Kollegen vom Orie fehlten. Dieses ist um so mehr bedauerlich, da es in den hiesigen Brauereien noch sehr viele Mängel gibt; allein diese Mängel können nur beseitigt werden, wenn die Kollegen die Versammlungen fleißig besuchen und auch die unorganisierten Kollegen dazu mitbringen. Die Kollegen der Schwabenbrauerei hier glauben, es sei nicht notwendig, der Organisation beizutreten, dabei wird gerade von der organisierten Arbeiterchaft das meiste Schwankenbetreten, aber auf Kosten sich auch die dortigen Kollegen nicht gebietet. Die auswärtigen Kollegen legen mehr Interesse an den Tag als die hiesigen, so lieben sich in der letzten Versammlung drei Kollegen von der Brauerei Gebratshofen aufnehmen. Kollegen von Senftenach, rätelt die Indifferenten auf, bringt sie zur Organisation, wenn unsere Verhältnisse verbessert werden sollen.

Mainz. In der Versammlung am 16. November sprach Quint-Frankfurt über: „Die Bedeutung der Arbeiterpresse im wirtschaftlichen Kampf.“ Seinen überzeugenden Ausführungen legte er das Sprichwort zugrunde: „Sag, was du bist, und ich sage dir, was du bist.“ Indem 90 Prozent aller Kindersterblichkeit ihre Ursache in Unterernährung hat, und 35 Prozent aller Sterbefälle ebenfalls auf diese Ursachen zurückzuführen sind, sei das Interesse obigen Sprichwortes schon zur Genüge bemessen mit Hinblick auf die natürliche Ernährung. Auffallender jedoch tritt diese Besorgnis der zeitigen Nahrung zutage. Die Arbeiter, die durch ihre Presse mit ihrer Leidensgenossen anderer Städte und Länder in Verbindung treten und dadurch einen größeren Gesichtskreis gewinnen, bilden einen weit wichtigeren Faktor in der Gesellschaftsordnung, wie eine große Schar solcher, die nicht wissen, daß sie als Erzeuger von Mehrwert auch ein Recht haben, sondern sich gleich Tieren von Tag zu Tag von ihren Anteilern jagen lassen, ohne auch nur eine Miene zu verzeihen. In der bürgerlichen Kampfpresse werden die Arbeiter über die bestehenden Verhältnisse nicht unterrichtet; weil die Unternehmer wissen, daß sie bei dummen Arbeitern leichter den „Herrn im Hause“ spielen können, fördern sie auch diese systematische Dummhaltung durch ihre Presse. Frei und ungehindert berichtet jedoch die Arbeiterpresse über die täglichen Vorkommnisse politischen, sowie gesellschaftlichen Sinnes. Die Ausführungen wurden seitens der Versammlung mit lebhaftem Interesse aufgenommen. — Ein Fehler der Mainzer Brauerarbeiter, welcher die Erlebigung der Angelegenheit ungemein erschwert, ist das Zutreffen in den Versammlungen. Auch sind es mit wenigen Ausnahmen immer dieselben, die erscheinen, und sind jene „Kenglichten“ immer noch nicht so weit, daß sie ihrer Bestimmung offensichtlich Ausdruck geben. Haben sie denn noch nicht erwogen, daß jede Gefährdung desto mehr schwand, je mehr sie ihre Organisationszugehörigkeit öffentlich betätigen? Es wäre doch jetzt höchste Zeit, daß die Brauerarbeiter in Mainz u. Umg. die Verhältnisse, welche hinsichtlich anderer Städte und insbesondere in bezug auf freies Koalitionsrecht und leinerlei Benachteiligung, sofort ein Arbeiter haben Gebrauch macht, sehr tiefschende sind, etwas in die Höhe bringen. Seine paar Herren aus den Anteilbereichen, denen der „Verband“ so schwer im Wege liegt, werden samt dem Herrn Direktor verurteilt mit ihren verächtlichen Bemerkungen, wenn sie die Mainzer Brauerarbeiter als eine geschlossene Macht vor sich haben. Solange aber den „Böhndemern“, woson Mainz eine Zentrale ist, nicht Einhalt geboten wird und der Indifferentismus nicht verschwindet, werden wir in Mainz und Umg. hinter der Zeit zurück sein und auch bleiben, darum hin in die Versammlungen, und wird werden, daß man nicht aus der Stadt zu gehen braucht, um Mängel und schlechte Verhältnisse konstatieren zu können, wobei schon das Renegatengedächtnis verlangt, selbige aus der Welt zu schaffen.

Stettin. In der stark besuchten Versammlung am 17. November hielt Genosse Storch einen Vortrag über: „Die Arbeiterkassen und ihre Gegner.“ Nachdem behandelte Kollege Polde den Kampf in Augsburg und die Lohnbewegungen im nächsten Frühjahr, wo auch die Schachmacherei der Augsburger zu erwarten ist. Der Vortrag bezüglich Extrabeträge wurde einstimmig angenommen. Kollege Polde ermahnte die Kollegen noch, unerlässlich für die Stär-

Ergebnisse ergaben an geschlachteten Schweinen die folgenden Zahlen:

Table with 3 columns: Quarter, Year, and Quantity. Rows for 3rd Quarter 1904, 1905, 1906, and 1st Quarter 1907.

Die Zahl der geschlachteten Schweine ist danach in den vier Quartalen 1906/7 zwar um rund 2 200 000 gestiegen gegenüber den vier Quartalen 1905/6, hat aber die Zahl der vier Quartale 1904/5 noch nicht wieder erreicht.

Wir müssen hier leider darauf verzichten, die Schlachttzahlen der einzelnen Viehgattungen anzugeben, so lehrreich und interessant sie gegenüber der Behauptung des Herrn von Bethmann auch sind, wir wollen hier aber zitieren, was das Kaiserliche Statistische Amt dazu sagt, nämlich: „Die Schlachtungen von Januar bis September 1907 sind im Vergleich zu demselben Zeitraum des Jahres 1906 nur bei den Kälbern (nota bene noch nicht um 1/3 Prozent), Schweinen und Ziegen gestiegen, dagegen bei allen übrigen Tieren gefallen.“

Das sagen die Sachverständigen im eigenen Ressort des Staatssekretärs. Und dabei ist bei allen diesen Zahlen noch die Stabilität des Schlachtgewichts vorausgesetzt, während ganz offenbar die gesteigerte Schlachttziffer bei einzelnen Viehgattungen zum Teil nur erreicht ist durch Heranziehung von Vieh zu Schlachtwecken, das sonst bisher nicht als Schlachttvieh galt.

Weiter fällt hier ins Gewicht die außerordentliche Abnahme der Einfuhr. Nicht etwa, weil kein Bedarf dazu vorläge, sondern infolge der außerordentlichen Erhöhung und Verteuerung der Einfuhr durch die neuen Fleisch-einfuhr-gesetze und weil auf der andern Seite durch die allgemeine Vertierung der gesamten übrigen Lebensverhältnisse die Kaufkraft des Volkes nach dieser Richtung hin offenbar stark geschwächt ist.

Die Einfuhrzahlen für Fleisch betragen in Kilogramm:

Table with 3 columns: Quarter, Year, and Quantity. Rows for 3rd Quarter 1904, 1905, 1906, and 1st Quarter 1907.

Die Einfuhrziffer zeigt in den vier Quartalen 1906/7 gegenüber den vier Quartalen 1905/6 ein Sinken fast auf die Hälfte; sie zeigt zwar noch einen kleinen Ueber-schuss gegen die vier Quartale 1904/5, aber dieser ist belanglos, wenn man dem die Abnahme der Schlachtungen und die Abnahme des Fleischkonsums aus der heimischen Schlachtviehproduktion in den gleichen Zeitabschnitten entgegenhält; und die Einfuhrziffer des 3. Quartals 1907 zeigt ja schon wieder eine auffällige Abnahme, ohne daß dem eine Zunahme der heimischen Produktion ausgleichend gegenüberstände.

Für den Schweinefleischkonsum allein, gewerbliche und Hausfleischungen, sowie Einfuhr zusammengerechnet, ergeben sich folgende Zahlen in Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung:

Table with 3 columns: Quarter, Year, and Quantity. Rows for 3rd Quarter 1904, 1905, 1906, and 1st Quarter 1907.

Table with 3 columns: Quarter, Year, and Quantity. Rows for 3rd Quarter 1906, 1907, and 1st Quarter 1907.

Also trotz der angeblich intensiven Schweinezucht ist in den vier Quartalen 1906/7 eben die Konsumziffer der vier Quartale 1904/5 erreicht. Und diese Ziffern wiegen um so schwerer, als, wie gesagt, der Schweinefleischkonsum mehr als die Hälfte, ja sogar 2/3 des gesamten Fleischkonsums überhaupt ausmacht, und vor allen Dingen den Hauptkonsum der armen und minder wohlhabenden Klassen bildet. Ganz offen sagt denn auch das Kaiserliche Statistische Amt: „Der Rückgang des Gesamtfleischkonsums pro Kopf beträgt vom Jahre 1904/5 zum Jahre 1905/6, wie oben berechnet, 2,40 Kilogramm. Der Konsum an Schweinefleisch ist in dieser Zeit pro Kopf um 2,71 Kilogramm gefallen. Danach entfällt der Rückgang des Konsums vornehmlich auf Schweinefleisch. Wenn man noch in Erwägung zieht, daß diese Minderung wohl in der Hauptsache bei den weniger bemittelten Volksschichten eingetreten ist, so wird mit Recht angenommen werden können, daß in dieser Klasse der Kopffaz noch niedriger gewesen ist, als der hier berechnete. Die billigeren Schweinefleischpreise im 4. Vierteljahr 1906 brachten auch wieder eine Steigerung des Konsums, die bis zum 1. Vierteljahr 1907 anhielt, u. in den beiden folgenden Vierteljahren wieder zurückzugehen. . . . Betont muß hier noch werden, daß die Berechnung pro Kopf der Bevölkerung an sich wenig geeignet ist, ein klares Bild der Wirkung auf den Einzelhaushalt zu verschaffen. Berücksichtigt man, daß Kinder unter 8 Jahren und alte Leute über 70 Jahre für den Konsum von Fleisch beinahe auscheiden, berücksichtigt man ferner, daß je nach den verschiedenen Einkommensklassen der Konsum mit dem Preise des Fleisches ganz verschieden abnimmt, so ist ein Rückgang von 2 Kilogramm pro Kopf schon von nicht unerheblicher Bedeutung.“

Die Ausführungen des Staatssekretärs v. Bethmann, die in tristem Widerspruch stehen mit den Tatsachen, um die selbst das Kaiserliche Statistische Amt nicht herumkann, sind also, gelinde gesagt, äußerst oberflächlich. Bei einem einigermaßen sorgfältigen Blick auf die in seinem Ressort zusammengestellten und verarbeiteten Zahlen hätte er so nicht reden dürfen.

Es wäre verführerisch, bei dieser Gelegenheit auch der Preisfrage einmal etwas näher zu treten. Dazu fehlt uns aber im Rahmen dieses Artikels der Raum. Jedenfalls ist sicher, daß auf allen auswärtigen Märkten in allen Viehgattungen wesentlich billigere Preise bestehen als in Deutschland und daß wir in Deutschland wie zurzeit das weitaus teuerste Brot, auch das weitaus teuerste Fleisch essen. Das Kaiserliche Statistische Amt sagt: „Wohlt man bis zum Jahre 1903 zurück, so zeigt sich ein fast ununterbrochenes Steigen der Preise für Rindvieh, Kälber und Hammel. Nur die Schweinepreise zeigen ein wechsellöbliches Bild. . . . Berechnet man den Durchschnitt. . . im Jahre 1903 und stellt denselben dem des Jahres 1907 gegenüber, so zeigt sich, daß der Doppelzentner Kalbfleisch um 23,5 Mk., Rindfleisch um 21,6 Mark und Hammelfleisch um 20,9 Mark gestiegen ist.“

Das sind ganz gewaltige Steigerungen, die auf den Konsum und damit auf die gesamte Ernährung und die Lebenshaltung der breitesten Volksschichten außerordentlich empfindlich einwirken, und zwar um so empfindlicher einwirken, als die konsumierende Bevölkerung nicht nur die höheren Preise zu zahlen hat, sondern auch noch die grade im letzten Jahre besonders hohe Spannung, d. h. den Unterschied zwischen Vieh-Einkaufspreisen und den Fleisch-Verkaufspreisen, auszugleichen hat. Diese Spannung betrug z. B. beim Schweinefleisch in den letzten 4 Jahren seit 1904 34,5 Mk. — 27,4 Mk. — 32,7 Mk. und 40,5 Mk. pro Doppelzentner.

Aus den Zahlen geht hervor, daß der Aufschlag der Schlächter auf die Viehpreise beim Verkauf des Fleisches ein steigend höherer wird, so daß selbst die künftenden Viehpreise dem konsumierenden Publikum nicht sehr zugute kommen, weil sie durch einen um so höheren Aufschlag beim Fleischhandel zugunsten der Schlächter wieder weit gemacht werden. Denn was nützt es, wenn das Vieh pro Doppelzentner um 10 Mk. billiger wird, dagegen der Schlächter beim Verkauf einen um 10 Mk. höheren Preis pro Doppelzentner gegenüber dem bisherigen Aufschlage berechnet. Näher darauf einzugehen, würde hier zu weit führen.

Aus der obigen Darstellung geht zur Genüge hervor, was es mit der Behauptung des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg über die „verbesserte Lebenshaltung“ und die „Zunahme des Fleischkonsums“ der „breitesten Schichten der Bevölkerung“ auf sich hat, nämlich daß es nur eine parlamentarisch-schönrednerische Phrase ist, und daß im Gegenteil aus den wirklich festgestellten Tatsachen selbst hervorgeht, daß die breitesten Schichten der Bevölkerung vielmehr an einer Verminderung und Verteuerung des Konsums und an einer wesentlichen Verschlechterung der gesamten Lebenshaltung leiden.

Der Kampf in Augsburg.

Die Unwahrscheinlichkeit ist eine der am meisten in Anwendung gebrachten Waffen seitens der Augsburger Unternehmer in diesem Kampf. Wir haben schon der aller Wahrscheinlichkeit, sich immer widersprechenden Publikationen von jener Seite gedacht. Einmal wird der frühere

Tarif mit dem Brauerarbeiterverband gelöst, dabei aber geschwinde, daß er nicht mit dem Verband abgeschlossen sei, das andre Mal soll er die Wirkung gehabt haben, daß die Unternehmer nicht mehr Herr im Hause seien; ferner wird wieder erklärt, ein einheitlicher Tarif sei für Augsburg unmöglich, dagegen wolle man den Arbeitern einen einheitlichen „Tarif“ aufzuzwingen. Dann sagt man wieder, die Arbeiter hätten mutwillig den Kampf heraufbeschworen, im gleichen Atemzuge erklärt man ein um das andre Mal propä: Verbandt wird nicht!

Auch auf den Herrn Syndikus Rechtsanwält Knoll scheinen die Unternehmer und ihre Pressvertreter ungünstig abgesehen zu haben, auch er leidet sich in einem Zirkular vom 7. Oktober an die Brauereien außerhalb Augsburgs, in dem sie dringend ersucht werden, nach Augsburg hier nicht zu liefern, die unrichtige Behauptung, daß der Lohnkampf ohne Verzicht auf den Augsburger Unternehmer ausgebrochen sei. Der Herr Syndikus sollte oder sollte wissen, daß der Lohnkampf allein durch Verschulden der Unternehmer entstanden ist. Offenherzig ist er aber in dem Falle, als er den Brauereien in dem Zirkular den Nutzen eines für die Brauereien günstigen Ausgangs des Kampfes in Augsburg pflaustel zu machen sucht, die daraus entnehmen sollen: Wenn die Augsburger Brauereien ihren Plan durchsetzen haben, dann kommt ihr mit der Scharfmacheret beginnen! Nun, wir werden es ihnen ver-leiden.

Niedriger hängen wollen, wir die auf den Kampf bezüglichen Neuerungen in dem Geschäftsbericht der Aktien-Gesellschaft Kronenbräu vom. W. Wacht für 1906/07. Es geht eine dreifache Seite dazu, im Gegensatz zu den wirklichen Tatsachen folgendes zu schreiben:

„Zu all dem Unangenehmen hat uns der erste Tag des neuen Geschäftsjahres den Brauerstreik gebracht, welchem nach wenigen Tagen die Verhängung des Boykotts über fast alle Augsburger Brauereien nachgefolgt ist. Haben wir unter dem letzten auch nur wenig gelitten (Abgang etwa hundert Hektoliter), so war doch durch den ersten unser Betrieb mehrere Tage recht nachteilig beeinflusst. Die von den Brauerarbeitern abgelehnte neue Tarifvorlage der Arbeitgeber, welche gegenüber der letzten, am 1. September 1905 von beiden Seiten angenommenen wesentlichen Lohn-erhöhungen und andre Vergünstigungen geboten hatte, war die vorgebliche, die von den Agitatoren kommandierte Kraftprobe der Organisation aber die wirkliche Ursache der sehr ungerathenartig in Szene gesetzten heutigen Bewegung. Sie hat für ihre Urheber zwar fast keinen Erfolg, und jedoch abentheuerliche, allerdings in freier Vereinbarung mit den gemäßigten Elementen unter Arbeiterchaft geschlossene Vohnerhöhungen unter Bedingungen gebracht, die uns wenigstens noch Herr im Hause bleiben ließen, was bei Annahme der Forderungen der Streikenden nicht mehr der Fall gewesen wäre.“

Die Gesellschaft verteilt 8 Prozent Dividende bei 239 406 Mk. Reingewinn, gegen 9 Prozent im Vorjahre bei 250 188 Mk. Reingewinn. Dieser Verlust an 1 Prozent und die Tatsache, daß in diesem Jahre an Entlassungen und Gratifikationen „nur“ 20 631 Mk. gegen 27 823 Mk. im Vorjahre „verteilt“ wurden, mag den Vorgesetzten „des Herrn im Hause“ begreiflich machen und ihn zu seinem wahrheitswidrigen Bericht veranlassen haben.

Was die „Bundes-Zeitung“ zu diesem Kampf schreibt, wollen wir lediglich registrieren und das Urteil darüber den Kollegen und auch den Bundesmitgliedern überlassen. Sie schreibt in Nr. 46:

„Der Brauerstreik ist jetzt endgültig verloren, das vermag selbst die sozialdemokratische Partei, die ich aus Machtfragen entfaßt hat, nicht mehr zu verkünnen. . . . Es ist aber gewiß nicht aus einem Gefühl des Triumphes, wenn dies jetzt bei dem vorhergehenden Verlust des Kampfes festgestellt wird, die Brauerarbeiter haben im Gegenteil sehr vielfältig die Sympathien aus nicht sozialdemokratischen Kreisen gehabt, sondern es geschieht nur, um wieder einmal die Sozialdemokratie an der Arbeit zu zeigen. Durch ihre heftigen, aufstachelnden Reden treibt sie ihre Anhänger in den Streik, verschleiern dann die Einsicht in die wirkliche Sachlage, gaukeln ihnen nicht vorhandene günstige Verhältnisse vor und stützt sie in schweren wirtschaftlichen Schäden, nur um die Macht zu erkaufen.“

So ein krasser Widerspruch, daß eine Sache, die auch „sehr vielfältig die Sympathien aus nicht sozialdemokratischen Kreisen gehabt“ hat, aus Machtfragen entfaßt hat, nicht weiter auf. Aber diese Tatsache der Sympathien allein schon wirkt die übrigen Behauptungen über den Streik. Wenn die „Bundeszeitung“ trotzdem und angesichts des Umstandes, daß die Augsburger Brauerarbeiter gegen ein scharfgeschmiedetes Unternehmertum, das in voller Absicht den Kampf heraufbeschwor, um ihr Vertrags- und bisheriges Mitbestimmungsrecht in Lohn- und Arbeitsverhältnissen kämpfen, dennoch zu diesen Behauptungen kommt, dann beweist das nur, daß sie sich die Vertretung der Interessen der Arbeiter und eine bessere Verhältnisse kämpfen den Arbeiter in der Weise angelegen sein läßt, wie es sich die Unternehmer nicht anders wünschen können. Ob der Kampf endgültig für die Arbeiter verloren ist, darüber undge sich die „Bundeszeitung“ nur keine vorzeitigen Hoffnungen machen, das glauben nämlich die Augsburger Unternehmer selbst nicht.

Bei den Unternehmern in Augsburg kommt die Einsicht allmählich, allerdings etwas spät. Es fängt bei einem Teil der mittleren und kleinen Brauereibesitzer schon zu dämmern an. Sie sehen schon langsam ein, welche große Dummheit sie gemacht haben, indem sie sich an den Karren der Scharfmacher spannen ließen und diesen kriechenden Kampf mit ihren Arbeitern heraufbeschworen haben, welcher den Ruin ihrer eigenen Existenzen beschleunigt. Hat sich doch unlängst ein solcher Brauereibesitzer in seiner Bedrängnis offenermaßen ausgesprochen, daß sie von den Großen (gemeint Aktienbrauereien) la but gemacht werden, ob sie mit diesen fernerhin gemeinschaftliche Sache machen oder nicht. Weiter meinte dieser Herr: „Es wäre doch besser gewesen, wenn wir mit unseren Arbeitern diese Angelegenheit friedlich geregelt hätten.“

Bei den Augsburger Brauereibesitzern sind vernünftige Anschauungen in wirtschaftlichen Fragen eine große Seltenheit, diesmal hat aber jener Brauereibesitzer den Nagel auf den Kopf getroffen, schade, daß sich diese Erkenntnis zu spät Bahn bricht. Die Großen werden sich nun begnügen ins Fräsechen lachen und werden schon dafür sorgen, daß diese keinen Konkurrenten schnellstens von der Bildfläche verschwinden. Diesen bedrängten Scharfmachern bleibt nur noch der einzige Trost, die Organisation der Arbeiter vorübergehend geschwächt zu haben. Aber auch dieser Trost ist ein sehr magerer, denn bei den sogenannten Arbeitswilligen, welche unter den größten Versprechungen in die Brauereien gelockt wurden, ist eine große Ödung vorhanden, weil die gegenwärtigen Verhältnisse in den Brauereien unerträglich geworden sind. Andernteils haben die Brauereibesitzer mit diesen Leuten sicher nicht die besten Erfahrungen gemacht, und werden letztere kaum instand sein, jene vor dem wirtschaftlichen Ruin zu bewahren.

Wie man hört, soll es in der Brauervereinigung schon zu Mit-stimmungen gekommen sein, hauptsächlich wegen des Konsumvereins. Dieser sollte laut Beschluß nach Beendigung dieses Kampfes dem Brauereibesitzer Witt. Sidler, welcher vor diesem Kampfe das Bier an den Konsumverein lieferte, wieder zugewiesen werden; alle übrigen Brauereibesitzer mußten sich verpflichten, an den Konsumverein jede Bierabgabe zu verweigern. Der Konsumverein hat aber schon längst für dauernd auf Augsburger Bier Verzicht geleistet und ist in der angenehmen Lage, Bier von bedeutend besserer Qualität als das Augsburger Gebräu an seine Mitglieder zu verabreichen. Die Herrn haben sich also mit ihrer Kalkulation ziemlich verpekelt, indem sie das Bier schon verteilten, ohne daß es ihnen gelangene ist, den Vätern zu verkaufen. Allerdings soll der fragliche Brauereibesitzer ein ziemlich verdientes Geschäft machen, und soll nicht besonders erbaunt sein über die „Garantie“ genannte Vereinigung, die sich seiner früheren Ausbeute

Auch die schon längst beschlossene Bierpreis-erhöhung bereitet diesen Herren große Kopfschmerzen, zumal sie selbst einsehen, daß so lange der Doylott nicht aufgehoben ist, an eine solche nicht gedacht werden kann. Und daß der Doylott aufgehoben wird, darauf können die Schärfinacher lange lauern, und nach langer darauf, daß sie die Streitenden durch Hunger müde machen, und sie später als moderne Sklaven an die Scholle der Augsburger Brauereien sesseln könnten. Die Unternehmer werden einen Doylott erhalten, der ihnen die Freude an ihrem „Sieg“ und die Lust zu einem zweiten Versuch dieser Art gründlich verderben wird. Was die Unternehmer für unmöglich gehalten haben: nach Augsburg fremdes Bier einzuführen, ist mit Errichtung eines Bierredepots mit auswärtigem Bier zur Tatfache geworden. Damit dürfte der Doylott dieser Herren schon bedeutend gedämpft sein; er wird noch ganz klein werden — wir haben Zeit, und kennen die Mittel, dieses zu bewerkstelligen.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† **Zuzug ist ferngehalten nach Augsburg, Wendenbach (Malzfabriken), Donaueschingen, Egnitz, Moos (M. B.), Nordhausen (Brennerei Fr. Degen), Schwabach (Brauerei Viehbeck), Bad Lög (Schäfflerbräu), Mühlheim (Mühl-Saarn (Malzfabriken), Wang (Malzfabriken), Dahnau (Malzfabrik) und Mannheim (Malzfabrik).**

† **Der „Doornkaat“-Schnaps ist boykottiert.** Eine Kartellkonferenz der Kartelle in Ostfriesland und Oldenburg hat Ende Oktober erneut beschlossen, den „Doornkaat“-Schnaps weiter zu boykottieren. Kollegen, sorgt für Auslieferung dieses Beschlusses! Besonders in Rheinland-Westfalen wird noch viel „Doornkaat“ konsumiert und sollten die dortigen Kollegen dem Doylott mehr Beachtung schenken.

† **Boykottiert ist auch der Schnaps der Kornbrennerei weindrennerei Friedrich Degen Nachfolger, Inhaber F. Stegemann Söhne, Nordhausen.** Herr Stegemann hofft und hat sich ausgelassen, daß es nur noch ein paar Wochen dauert, und wir müßten nachgeben, denn soviel Geld zur Unterstützung könnten wir gar nicht haben. Herr Stegemann mag sich die Zeit nicht lang werden lassen. Uebrigens ist auch in Mannheim ein Vertreter des Herrn Stegemann, der die ganze Umgebung mit Schnaps versorgt. Die Kollegen in Mannheim werden wissen, was sie zu tun haben.

† **Grabenfähr. Tarifvertrag.** Mit der Schloßbrauerei, Fr. Mayer, schloß der Zentralverband deutscher Brauerarbeiter am 23. November einen Tarifvertrag ab. Vereinbarung ist:

Arbeitszeit 10 1/2 Stunden, für Schächler 9 1/2 Stunden. Jeden zweiten Sonntag oder gesetzlichen Feiertag 36 Stunden frei.
Lohn für die zurzeit Beschäftigten im 1. Jahr 21 M., im 2. und 3. Jahr 22 M., im 4. Jahr 23 M. pro Woche. Neueintretende 20 M., steigend jährlich um 1 M. bis 23 M. Bei höheren Löhnen wie im Tarif 1 M. Zulage. Hilfsarbeiter an Stelle Gelehrter erhalten deren Lohn. — Ueberstunden 40 Pf. — Für Bierläusen bei früherem Anfang 2 M. pro Woche. — Für Bierjournalisten wochentags nach 10 Uhr pro Stunde 30 Pf., Sonntags 1 M.

Urlaub ohne Lohnabzug nach 2 Jahren 3 Tage, nach 4 Jahren 4 Tage. — Reinliche Wäde, Wasch- und Ankleideräume sowie geeigneter Trockenraum. — In Krankheitsfällen vom 1. bis 3. Tage voller Lohn, vom 4. bis 13. Tage Zuschuß zum Krankengeld bis zu 1/2 des Lohnes für Verheiratete, 1/3 für Ledige. — Bei Liekungen pro Tag 1,50 bis zu 14 Tagen. Unverschuldetes Versäumnisse kein Lohnabzug. — Wegen event. Arbeitsmangel Ausgestellte werden auf Ansuchen bei erhöhtem Bedarf oder Mälzereibeginn wieder eingestellt. — Freies Koalitionsrecht.

Der Tarif tritt am 1. Dezember 1907 in Kraft.

† **Stettin. Tarifvertrag.** Ein Tarifvertrag wurde mit der Firma Defebre, Brauerei, Brennerei und Pressefabrik, vereinbart. Die wesentlichen Erfolge sind folgende: Abschaffung des Stundenlohnes und Einführung des Wochenlohnes mit bedeutender Lohnerhöhung; Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde täglich; gänzliche Bezahlung der Sonn- und Feiertagsarbeit sowie erhöhte Bezahlung der Ueberstunden; in Krankheitsfällen wie militärischen Liekungen auf 14 Tage Bezahlung des vollen Lohnes. Außerdem Bestimmungen in bezug auf familiäre Einrichtungen und die Wiedereinstellung und Entlassung von Arbeitern. Des weiteren erfolgt am 1. Januar 1908 eine weitere Aufbesserung von 75 Pf. pro Woche.

Vor ungefähr 3 Monaten wurde der Tarif eingereicht, es war aber damals nur eine Erhöhung des Stundenlohnes von 3 Pf. zu erzielen, indem der Betriebsleiter bekannt war, daß die Reichen der Organisierten mit noch zuviel Indifferenzen durchsetzt waren. An den Kollegen wird es nun liegen, das Erreung zu halten. Dieses ist aber nur möglich, wenn wie bisher alle Mann an dem Aufbau und der Weiterentwicklung der Organisation mitarbeiten.

Aber auch alle Kollegen Stettins seien an dieser Stelle wiederum darauf aufmerksam gemacht, auf der Hut zu sein, daß das müßsam erungene Mitbestimmungsrecht nicht wieder verloren geht. Wir wollen nicht dem „Bund der Brauereigesellen“ nachahmen, dessen ohnehin schon winziger „Tarif“ nur auf dem Papier steht, ohne daß die Betriebsleitungen danach handeln. Zur Erhaltung eines Tarif ist eben eine noch größere Macht notwendig, wie zur Schaffung eines solchen. — Darum auf, Kollegen, hinein mit dem letzten Mann in den Verband, den einzigen Vertreter unserer Interessen. Durch die kurze Zeit eurer Mitgliedschaft habt ihr schon einen gewaltigen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen erobert, nicht mehr als Bittende und Schüglose steht ihr heute den kapitalkräftigen Unternehmern gegenüber, sondern als Mitbestimmende über eure eigenen Interessen. Eine der vornehmsten Aufgaben, die den Arbeitern zusteht, lerntet ihr begreifen! Sorgt auch dafür, daß diese Erkenntnis jedem Mitarbeiter beigebracht wird!

† **Tübingen. Tarifvertrag.** Mit den Brauereien: 1. Gesele u. Stratmann, 2. Eilenmenger, 3. Marquardt-Tübingen, 4. Würner-Tübingen, 5. Heinrich-Aufbau schloß der Zentralverband deutscher Brauerarbeiter am 10. September einen Tarifvertrag ab mit nachfolgenden Bedingungen:

Arbeitszeit im Sommer (1. April bis 30. September) 10 1/2 Stunden, im Winter (1. Oktober bis 31. März) 9 1/2 Stunden.
Lohn: 23 Mark Anfangslohn, steigend jährlich um 1 Mark bis zum Höchstlohn von 27 Mark pro Woche. — Ueberstunden wochentags 45, Sonntags 55 Pf. pro Ueberstunde.

Bei Krankheit vom 3. Tage ab auf die Dauer von 2 Wochen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, bei militärischen Liekungen auf zwei Wochen die Hälfte des Lohnes. Bei sonstigen unverschuldeten Versäumnissen kein Lohnabzug.

Urlaub ohne Lohnabzug nach zwei Jahren 3 Tage, nach drei Jahren 4 Tage.

Der Tarif tritt am 1. August 1907 in Kraft.

† **Leinroth. Tarifvertrag.** Mit der Brauerei Gehr. Klay wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Kollegen folgende Verbesserungen brachte: Lohnaufbesserung wöchentlich je 3 Mark, Arbeitszeitverkürzung täglich 1 Stunde, Bezahlung der Ueberstunden mit 40 Pf., bei Krankheit Zuschuß zum Krankengeld bis zur Höhe des Lohnes während der ersten 14 Tage, bei Liekungen 14 Tage vollen Lohn, bei unverschuldeten Versäumnissen bis zu zwei Tagen kein Lohnabzug, Urlaub ohne Lohnabzug nach einjähriger Tätigkeit drei Tage. Der Tarif trat am 5. August 1907 in Kraft.
Niel zu besserer dies für spätere Zeit nach übrig. Noch Verschiedenes konnte mit geregelt werden, wenn die Kollegen nicht selbst gehandelt hätten. Jetzt handelt es sich darum, das Erreichte fest-

halten durch treues Ausharren in der Organisation, dieses gut auszubauen, damit das jetzt Bekämpfte, noch Notwendige später nachgeholt werden kann.

Brennereien.

† **Stettin. Tarifvertrag.** Mit der Firma Dramburg u. Hertwig schloß der Zentralverband deutscher Brauerarbeiter und verw. Berufsgenossen am 7. September einen ähnlichen Tarifvertrag ab wie mit der Firma F. Rückfort, mit ähnlichen wesentlichen Verbesserungen.

Malzfabriken.

† **Wahrenth. Tarifvertrag.** Mit der Malzfabrik Hoffmann schloß der Zentralverband deutscher Brauerarbeiter einen Tarifvertrag ab mit folgenden Verbesserungen: Lohnerhöhung wöchentlich für 14 Mann je 5 M., für 2 Mann je 4 M.; Arbeitszeitverkürzung täglich 1 1/2 Stunden; 12stündige Schicht von 6 bis 6 Uhr; Bezahlung der Ueberstunden mit 50 Pf. pro Stunde, Sonntagsnachmittags 50 Pf. die Stunde. Bei Krankheit wird drei Wochen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt, unverschuldetes Versäumnisse bis zu 1 Tag werden nicht in Abzug gebracht.

† **Dahnau. Ausperrung.** Wegen Ausperrung in der Malzfabrik Dahnau ist Zuzug ferngehalten!

† **Koffheim. Streik und Tarifvertrag.** Der Streik in der Malzfabrik von der Berg ist beendet durch Abschluß eines Tarifvertrages, der den Kollegen bedeutende Vorteile brachte.

† **Mannheim. Streik.** In der Malzfabrik und Mälzerei Heumann sind die Kollegen in den Ausstand getreten. Zuzug ist ferngehalten!

Korrespondenzen.

Wpolda. Die Bundesmitglieder von ihren „Führern“ und „Obermitgliedern“ behandelt werden, was unso verständlicher ist, da sie ihnen doch nur Mittel zum Zweck sind, das hat man hier öfter zu beobachten. Ein typischer Fall. — Der Wismesmeister nannte einen Kollegen Fautzinger usw. Beide sind Bundesmitglieder. Der Herr Braumeister kam dazu und wurde vom Wismesmeister aufgefordert, den betreffenden Kollegen zu entlassen. Dieser ging darauf nicht ein und entließ den Kollegen nicht. Dagegen ging dann zu dem „Obermitglied“ S., beschwerte sich über die Behandlung seitens des Wismesmeisters und meldete sich vom „Bund“ ab. Anstatt daß nun S. dem Wismesmeister den Standpunkt klar machte, wie er Leute zu behandeln habe, besaß der angegriffene Kollege noch Grobheiten ausgehängt mit dem Bemerkens: „Na, du wirst es ja sehen, du kommst bald hinaus!“ Das nennt man nun von den „Obermitgliedern“ Kollegialität, und so wird es nicht nur mit einem gemacht. Dieser Terrorismus ist das Mittel, mit dem die Kollegen zu „überzeugten“ Bundesmitgliedern gemacht werden, namentlich durch den Terrorismus solcher, die sich schon dreimal zum Verband angemeldet haben, ihres „vortrefflichen“ Charakters wegen aber nicht aufgenommen wurden, und dann ihr möglichstes tun, daß die Arbeiter, die im Verband sind, so raffiniert gedrückt werden, bis sie dem Vertrieben den Rücken kehren. Nun die Kollegen endlich einzusehen beginnen, welchen Zweden sie dienen sollen, wenden sie sich von diesen Herren ab, darum auch der Anglisterei des B. in Nr. 48 der „Bundes-Zeitung“. Oder ist der in dem Wasser gefallene Tarif die Ursache dieses Anglistereis? — We diejenigen Kollegen, die dieses unsaubere Spiel, das mit ihnen getrieben wird, satt haben, die wünschen, daß die Interessen der Allgemeinheit und nicht Sonderinteressen einzelner gewahrt werden, sind zu untrer Versammlung am nächsten Sonntag 3 Uhr im „Vorwärts“ eingeladen.

Berlin. Von der Ortskrankenkasse für das Bierbrauergewerbe werden wir um Ausnahme des Nachfolgenden von der Generalversammlung am 25. November ersucht:

Anwesen waren 9 Arbeitgeber- und 81 Arbeitnehmer-Delegierte. Nach dem Bericht des Vorsitzenden über den augenblicklichen Stand der Kasse hat die Mitgliederzahl um ca. 400 Köpfe zugenommen, der Krankheitsstand dagegen ist seit dem Monat August gegen das Vorjahr trotz des höhern Mitgliederbestandes dauernd niedriger geblieben. Eine Erscheinung, die seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet werden konnte. Die seit einer Reihe von Jahren beobachteten Schwankungen der Krankheitsfälle und finanziellen Verhältnisse der Kasse scheinen jetzt auf dem Bestandungsstande wieder angelangt zu sein.

An Beiträgen sind ca. 27 000 M. mehr als im gleichen Zeitraum 1906 vereinnahmt worden. Diese Mehrerinnahme ist zurückzuführen auf die höhere Mitgliederzahl, den niedrigeren Krankheitsstand, den neuen Tarif vom 21. Januar, wonach von den untergeordneten Brauereien für die männlichen Mitglieder seit 1. Januar 1907 fast ausnahmslos die Beiträge zur 1. Mitgliederklasse gezahlt werden, und auf die Einführung der Gehaltsklassen, wonach die Beiträge für dieselben Beträge seit 5. August d. J. von 8/5 auf 4 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns erhöht wurden. Hieraus allein seien bisher ca. 13 000 M. Beiträge mehr erzielt worden.

Das Gesamtvermögen betrug zu Anfang des laufenden Jahres 189 280,18 M., augenblicklich aber ca. 229 000 M., mithin mehr ca. 40 000 M. Demnach sei Aussicht vorhanden, dem Reservefonds am Jahresabschluss mehr, als gesetzlich und statutenmäßig vorgeschrieben, zuzuführen zu können. Dieser hatte am 31. Dezember 1906 einen Kurswert von 184 813,05 M.

Wochum. In der Versammlung vom 3. November gab Kollege Fischer den Situationsbericht und freifte hauptsächlich den Vorkontariff in Köln und die Augsburger Bewegung. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab eine Einnahme von 168,55 M. und eine Ausgabe von 184 M. Unter „Verschiedenes“ kam die ungleiche Bezahlung der Kollegen der Schlegelbrauerei zur Sprache. Es erhalten dort Kollegen, welche schon länger im Geschäft sind, aber nach Angabe des Braumeisters keinen Posten beziehen können, was ja immer bei Organisierten der Fall ist, weniger als die jüngeren. Auch sind noch so viele Mißstände vorhanden, und um diese zu beseitigen, würde es Zeit, daß die Kollegen endlich einmal erwachen und sich dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter anschließen.

Dalsburg. In der Brauerei Bobden herrschen Mißstände, die wie der Öffentlichkeit zu unterbreiten gewungen sind. Hier treibt das Bundesmitglied Otto Albrecht sein Unwesen, indem er durch foreigete Demunition und Redensarten, welche seinem jugendlichen Alter überhaupt nicht ansteht, die organisierten Arbeiter hinaus zu scheu führt. Trop wiederholten Vorlesens des beim Herrn Braumeister wurde den organisierten Arbeitern kein Recht zuteil. Und wenn eine Juristenstelle frei ist, dann holt der obgenannte Albrecht im Einvernehmen mit dem Braumeister ein in Arbeit stehendes Bundesmitglied, um die Stelle zu besetzen. Wir erwarten von der Betriebsleitung, daß sie hier Remedur schafft.

Freiburg. Gauleiter Thier, Radstraße, hielt in Freiburg und Umgebung einige Agitations-Versammlungen ab. Die Versammlung in Emmendingen war von sämtlichen Kollegen besucht und fand der Vortrag allgemeinen Beifall. Man muß bezeugen, daß die Kollegen von Emmendingen das Raster unterhalb sind und den Wert der Organisation richtig erkannt haben. Die Versammlung in Freiburg war sehr mächtig besucht. Die Interessiertheit und der Indifferentismus sind groß, das kann sich noch bitter rächen. Die Versammlung in Breisach war gut besucht, der Vortrag des Gauleiters fand großen Beifall. Die jungen Organisationsmitglieder sind sehr zahlreich und sehr zum Verband und auch für euch treten bessere Verhältnisse ein. Die Versammlung in Riegel war sehr mächtig besucht. Riegel ist das Schmerzenskind unserer Parteistelle. Als größte Brauerei Dalsburg zeigen die Kollegen das höchste Verständnis für die Organisation und einer verstand sich hinter dem anderen. Die Kollegen geben alle vor, „neutral“ zu sein. Was ist neutral? Es ist weiter nichts als eine Schlingung aller dort Beschäftigten. Schließt euch zusammen und tretet Mann für Mann dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter bei!

das gegenseitige Bekämpfen weg, laßt Vertrauen zu einander, laßt euch offen und ehrlich in die Augen und halt werdet ihr erkennen, was ihr euch selbst geschädigt habt. Es ist Zeit, das einzuholen, was ihr in Jahren verkannt habt. Darum hinein in den Verband! Nur Einsigkeit macht stark!

Schillingen-Steig. In der Versammlung vom 24. November sprach Gauleiter Thier vor einer gut besuchten Versammlung über Parteiverorganisation und Unternehmervereine. Mit gespanntem Interesse verfolgten die Kollegen die Ausführungen, es war ein Ansporn für unsere junge Mitgliedschaft. Die Aufgaben unserer Organisation zu hören, sowie in die Kampfesart unserer Unternehmern einen richtigen Einblick zu erhalten, war für die Kollegen von sehr großer Wichtigkeit. Die Folge war, daß die noch fernstehenden Kollegen sich unserer Organisation anschlossen. Es ist auch diesen Kollegen zum Bewußtsein gekommen, daß nur festes Zusammenhalten uns zu besseren Arbeits- und Lohnverhältnissen führen kann.

Gießen. Der Peseinmeister von Bonn berichteten in Nummer 45 über die Entlassung des Kollegen Weder wegen Verbandszugehörigkeit in der Brauerei Denninghof und über eine Brauerarbeiterversammlung, die sich mit dieser Sache beschäftigte, in der auch der Peseinmeister von Bonn anwesend war, sich auf die Seite des Herrn Denninghof stellte und erklärte, mit Weder nicht mehr zu arbeiten. Hierbei äußerte Bonn auch, er wäre in Oberstadt selbst organisiert gewesen, sei aber ausgezogen, weil ein Parteigenosse F. K. Parteigenosse unterlagene habe; die Partei hätte deshalb keine Wirtschaft boykottiert und hätte er einen Schaden von über 16 000 Mark gehabt. Nach eingehender Erläuterung bei glaubwürdigen Personen in Oberstadt und Darmstadt, die sich für die Wahrheit ihrer Aussagen verbürgten, haben sich die Wünschigen Behauptungen als durchaus unzutreffend erwiesen. Wahrheit ist folgendes: Die Unterschlagung von Parteigeldern des Genossen F. K. ist von nichte Erfundung. Mitglied der Partei ist er nicht gewesen; er mag wohl hier und da einen Groschen aus Geschäftsinteresse geopfert haben, weil sich in seiner Wirtschaft das Parteilokal befand. Boykottiert ist er auch nicht geworden, sondern die Partei zog aus seinem Votum aus aus folgendem Grunde: Zu einem Wahlfest der Partei referierte Bonn das Bier für Rechnung der Partei. Ein Kollege vergaßte das Bier und bemerkte beim Auflegen der Fässer, daß dieselben nicht voll waren. Es wurde dagegen nicht reklamiert. Der Kollege hatte sich aber kümmerlich und die Fässer der getesteten Fässer ausgefüllt. Bonn holte mit seinem Führer die leeren Fässer vom Festplatz ab. Bei der anschließenden Abend vorgenommenen Vergleichskontrolle der leeren Fässer fehlten zwei kleine, an deren Stelle befanden sich zwei große. Bonn bestritt, den — Tausch vorgenommen zu haben. Die verschwundenen zwei kleinen Fässer wurden aber in Bonns Scheune, hinter Strohwischel, aufgefunden und Bonn gab sich zufrieden, daß diese an die Stelle der eingeschmuggelten großen Fässer gestellt wurden. Daß die Partei da aus dem Votum ausging, ist erklärlich.

Wenn nun der Peseinmeister Bonn, der sich als getreuer Mitarbeiter des Herrn Denninghof geriert, in der Versammlung den Mut zu solchen Verdächtigungen hat, mit keinem organisierten Kollegen mehr arbeiten will, so ist der Grund in Anbetracht der Vergangenheit gegeben. Aber Herr Bonn mag wissen, wenn er und Herr Denninghoff noch so viel auf den Verband drücken: der Verband ist keine Oberstädter Wasseruhr, die rückwärts läuft, in Gießen laufen bekanntlich die Wasseruhren vorwärts. Als technischer Leiter wird ihn das wohl bekannt sein.

Wismes. Die Versammlung vom 10. November beschäftigte sich nach Bekanntgabe des Tätigkeits- und Kassenberichts mit dem einseitigen Verhalten des Braumeisters der Brauerei Walsam bei Einstellungen usw. und wurde beschlossen, die Wirtin und die Arbeiterchaft davon in Kenntnis zu setzen. Die Erhebung des Gehalts von 50 Pf. wurde allseitig aufgegeben und verpflichtet sich die Kollegen, energisch für die Stärkung der Kasse einzutreten. Die Restanten wurden dringend ermahnt, ihren Verpflichtungen nachzukommen und mit einem Satz auf die Solidarität der Brauerarbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Seuttsch. Unre Versammlung im November war leider sehr schlecht besucht, besonders die Kollegen vom Orte fehlten. Dieses ist um so mehr bedauerlich, da es in den hiesigen Brauereien noch sehr viele Mißstände gibt; allein diese Mißstände können nur beseitigt werden, wenn die Kollegen die Versammlungen fleißig besuchen und auch die unorganisierten Kollegen dazu mitbringen. Die Kollegen der Schwannbrauerei hier glauben, es sei nicht notwendig, der Organisation beizutreten, dabei wird gerade von der organisierten Arbeiterchaft das meiste Schwanenbier getrunken, aber auf Wofen sind auch die dortigen Kollegen nicht gebettet. Die auswärtigen Kollegen legen mehr Interesse an den Tag als die hiesigen, so liegen sich in der letzten Versammlung drei Kollegen von der Brauerei Gebrüderhofen aufzunehmen. Kollegen von Seuttsch, rüttelt die Indifferenzen auf, bringt sie zur Organisation, wenn unsere Verhältnisse verbessert werden sollen.

Wiesing. In der Versammlung am 16. November sprach Quint-Frankfurt über: „Die Bedeutung der Arbeiterpresse im wirtschaftlichen Kampf.“ Seinen überzeugenden Ausführungen legte er das Sprichwort zugrunde: „Gag, was du isst, und ich sage dir, was du bist.“ Indem 90 Prozent aller Kindersterblichkeit ihre Ursache in Unterernährung hat, und 35 Prozent aller Sterbefälle ebenfalls auf diese Ursachen zurückzuführen sind, sei das Juteresse obigen Sprichwortes schon zur Genüge bewiesen mit Hinsicht auf die natürliche Ernährung. Auffallender jedoch tritt dies bezüglich der geistigen Nahrung zutage. Die Arbeiter, die durch ihre Presse mit ihren Lebensgenossen anderer Städte und Länder in Verbindung treten und dadurch einen geßeren Gesichtskreis gewinnen, bilden einen weit mächtigeren Faktor in der Gesellschaftsordnung, wie eine große Schaar solcher, die nicht wissen, daß sie als Erzeuger von Mehrwert auch ein Recht haben, sondern sich gleich Tierexen von Tag zu Tag von ihren Antreibern jagen lassen, ohne auch nur ein Wiener zu verzehren. In der bürgerlichen Welt werden die Arbeiter über die bestehenden Verhältnisse nicht unterrichtet; weil die Unternehmer wissen, daß sie bei dummen Arbeitern leichter den Herrn im Hause spielen können, fördern sie auch diese systematische Dummhaltung durch ihre Presse. Frei und ungehindert berichtet jedoch die Arbeiterpresse über die täglichen Vorläufe politischer, sowie gemeinlichlichen Sinnes. Die Ausführungen wurden seitens der Versammlung mit lebhaftem Interesse aufgenommen. — Ein Fehler der Waiser Brauerarbeiter, welcher die Erledigung der Angelegenheit ungenügend erschwert, ist das Zustimmkommen in den Versammlungen. Auch sind es mit wenigen Ausnahmen immer dieselben, die erscheinen, und sind jene „Angehängten“ immer noch nicht so weit, daß sie ihrer Bestimmung öffentlich Ausdruck geben. Haben sie denn noch nicht erwoogen, daß jede Gefährde desto mehr schwindet, je mehr sie ihre Organisationszugehörigkeit öffentlich bekunden? Es wäre doch jetzt höchste Zeit, daß die Brauerarbeiter in Mainz u. Umg. die Verhältnisse, welche hinsichtlich anderer Städte und insbesondere in bezug auf freies Koalitionsrecht und keinerlei Benachteiligung, sofern ein Arbeiter davon Gebrauch macht, sehr tiefstehende sind, etwas in die Höhe bringen. Jene paar Herren aus den Antreibereihen, denen der „Verband“ so schwer im Wege liegt, werden samt dem Herrn Direktor verstimmen mit ihren verächtlichen Bemerkungen, wenn sie die Waiser Brauerarbeiter als eine geschlossene Macht vor sich haben. Solange aber den „Soldatenein“, wovon Mainz eine Zentrale ist, nicht Gehalt geboten wird und der Indifferentismus nicht beseitigt werden wird wir in Mainz und Umg. hinter der Zeit zurück sein und auch bleiben. Darum hinein in die Versammlungen, und ihr werdet finden, daß man nicht aus der Stadt zu gehen braucht, um Mißstände und schlechte Verhältnisse anschlachten zu können, wobei schon das Menschlichkeitsgefühl es verlangt, selbige aus der Welt zu schaffen.

Wiesing. In der stark besuchten Versammlung am 17. November hielt Genosse Storch einen Vortrag über: „Die Arbeiterklasse und ihre Gegner.“ Nachdem behandelte Kollege Woldt bei Kampf in Augsburg und die Lohnbewegungen im nächsten Frühjahr, was auch die Schirmmänner der Augsburger zu erwarten ist. Den Antrag bezüglich Extratrage wurde einstimmig angenommen. Einige Worte wurden die Kollegen noch, unterbreitend für die St...

Jung der Organisation zu arbeiten und die Arbeiterpresse zu abonnieren.

Wichtiges. Am 16. November fand eine gut besuchte Versammlung statt. Gauleiter Thierier führte den Anwesenden vor Augen, welche Taktik einzuschlagen unser Verband gezwungen sei...

Rundschau.

Warnung für die Nichtorganisierten. Der Sekretär der Sozial-Union Nr. 18, Chicago, Nordamerika, veröffentlicht in der „Amerikanischen Brauer-Zeitung“ folgendes:

Brauer- Arbeiter von auswärts! In Chicago können Brauer- Arbeiter, die nicht schon vorher Mitglieder der Union waren, in ihrem Beruf keine Arbeit finden...

Auf derlei Praktiken läßt die L.-M. Nr. 18 von Chicago sich nicht an; sie verlangt von Vertretern, die von Europa kommen und hier arbeiten wollen, daß sie bereits in Europa gut stehende Mitglieder des Verbands der Brauer- Arbeiter waren...

Streitgegenstände der Deputation. Wenige Tage nach Beginn des Augsburger Kampfes durchlief die Schauer-Deputation die Stadt, um die Arbeitsschlichter der Hohenbrauerei, der Brauer Franz Förster, nun in Großhesselohe, am Abend des 4. September...

Wegen öffentlicher Verleumdung und Bergehens gegen die Gewerbeordnung hatte sich Kollege Julius Richter vor dem Schöffengericht in Magdeburg-Nordstadt zu verantworten.

Wegen öffentlicher Verleumdung und Bergehens gegen die Gewerbeordnung hatte sich Kollege Julius Richter vor dem Schöffengericht in Magdeburg-Nordstadt zu verantworten.

gibt diese Äußerung dem Sinne nach zu, will aber nur die Absicht gehabt haben, die Frau über die Verhältnisse in der Sachsischen Malzfabrik aufzuklären, nicht aber zu beleidigen.

Kuratoriumswahl in Frankfurt a. M. Im November d. J. war die Tätigkeitsdauer der Kuratoriumsmitglieder des paritätischen Arbeitsnachweises abgelaufen...

Ein Pfund und jezt. Unter diesem Titel schreibt die „Schwab. Tagwacht“, Stuttgart, am 13. November: Seit dem 1. März 1906 ist der Doppelzentner Roggen mit 5 Mark, Weizen mit 6,50 Mark...

Legt man die Brotpreise des Konsumvereins zugrunde, so findet man, daß eine sechs köpfige Familie für Brot allein seit gut Jahresfrist 70 bis 80 Mark im Jahre mehr zu zahlen hat.

Table with 4 columns: Item, 11. November 1905, 9. November 1907, Mehr. Rows include 1 Kilo Weißbrot, 1 „ Halbweißbrot, 1 „ Hausbrot.

Neben dem Brot sind aber auch eine ganze Reihe anderer Nahrungsmittel und Bedarfsartikel mächtig im Preise gestiegen.

In dem christlichen Rebeler wurden zahlreiche christlich organisierte holländische Arbeiter ausgewiesen. Auch der Vorsitzende der dortigen Zählstelle vom christlichen Maurerverband wurde mit ausgewiesen.

Kompensation gegen Lohnforderungen unzulässig. Der Dreiradsfahrer B. wurde vom Gewerbeamt in Berlin mit einer Lohnentziehung abgemessen, weil ein Entlassungsgrund darin liege...

Von wem „christliche“ Arbeitersekretäre ausgeschaltet werden, erfährt man in einer Zentrumsversammlung, die vor einigen Tagen in Bonn stattfand.

Verbandsnachrichten. Verbandsbureau Münzstr. 5, III., Hannover. Fernspr. Nr. 5830. Vom 25. November bis zum 1. Dezember gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Table with 2 columns: Location, Amount. Rows include Rheinbach 10,35, Unna 170,38, Gießen 534,34, Hannover 10, Brandenburg 120,05, etc.

Ernst Reinhold Voigt, Hartmannstr. 30a, Leipzig. Reisekorbe. Reisekorbbreislise verlangen.

Julius Trotbar in Brunsen 628, Reisekorbbreislise.

Ernst Reinhold Voigt, Hartmannstr. 30a, Leipzig. Reisekorbe. Reisekorbbreislise verlangen.

Inserate. Drucksachen. E. A. H. Meiser & Co.

Alle Treibriemenwerke. Kautschuk. Hermann Kohler, geboren am 18. Juni 1888 zu Kriemlingen, Bezirksamt Rüdlingen, angedeutet.

Nervenschwäche. Puppanwagen. Seltene Gelegenheits! Haas & Co., Hannover.

Reisekorbe. Ernst Reinhold Voigt, Hartmannstr. 30a, Leipzig. Reisekorbbreislise verlangen.